

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seitzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einspaltige
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 15.

Sonnabend, den 13. April 1912.

16. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Der Bezirkstarif für die Oberlausitz perfekt. II. — Zur Tarifbewegung im Würzener Pflastersteingebiet. — Zur Verschmelzungsfrage. — Kartellverträge zwischen Gewerkschaftsorganisationen. — Wirtschaftliche Rundschau. — Korrespondenzen. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Rundschau. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Veränderungen. — Briefkasten. — Anzeigen. — Beilage: Wahlkreis-Einteilung. — Die Frauenarbeit in der Steinindustrie. — Unfallrentenkämpfe. — Betriebsunfallfolgen. — Das Steingewerbe der Vereinigten Staaten. — Feuilleton: Von der Entwicklung des Bauwesens. VII.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret sind: Witten: Firma Lüneburger & Franzen. — Lichtenberg bei Berlin: Mühlsteinfabrik Goldammer. — Rütthen: Firma Reuter. — Gera: Granitwerk Korb & Töpelmann. — Wellerode: Pflaster- und Schotterwerk Siede. — Königsutter: Norddeutsche Kalkindustrie. — Ebersbach a. M.: Firma Arnold Söhne. — Blankenburg: Alle Firmen. — Trebnitz (Schlesien): Firma Kraus.

Striegau. Nach eingehenden, äußerst sachlichen Verhandlungen kam mit den Granitindustriellen ein neuer Tarifvertrag zustande. Der Tarif hat Gültigkeit für etwa 850 Kollegen und läuft bis zum 1. April 1914.

Demitz-Thumitz, Häslich, Bischheim und Ramenz. Für zirka 2400 Granitarbeiter ist nun im Oberlausitzer Gebiet ein umfangreicher Bezirkstarif „erstmalig“ zum Abschluß gebracht worden. Für die Puffer in Demitz werden die Prozentzuschläge in der alten Höhe weitergezahlt. Die Verhandlungen waren ungemein zeitraubend und schwierig, weil die bisherigen Lohnverhältnisse in diesem großen Steinbruchgebiet zu verschieden waren.

Häslich, Groß-Rosen und Tschirlich (Schlef.). Etwa 900 Kollegen der Werk- und Pflastersteinbranche sind in eine Tarifbewegung eingetreten.

Oberreit. Für etwa 130 Kollegen kam im Granitwert Krumitz ein sehr spezialisierter Tarif zum Abschluß.

Amelsbain, Grimma, Rösitz, Falkenhain und Würzen. Im hiesigen Pflastersteinbruchgebiet sind gegen 1000 Kollegen in eine Tarifbewegung eingetreten. Die Herren Unternehmer lehnen in einer gleichlautenden Antwort Verhandlungen ab, weil die Forderungen nicht von der Arbeiterschaft ausgingen (!). Mit einer solchen Antwort lassen sich aber die Kollegen nicht abspesen.

Selters im Westerwald. Die Differenzen bei der Firma Pikel sind erledigt. Die Sperre über den Betrieb ist aufgehoben.

Höft a. M. Bei der Firma Georg Horn, Marmorgeschäft, haben wegen Nichtanerkennung des vorgelegten Tarifs sämtliche Kollegen die Arbeit eingestellt.

Mittweida. Die Lohnbewegung für die 130 Pflastersteinmacher ist mit Erfolg beendet worden. Die Stundenlöhne der Hilfsarbeiter wurden ebenfalls erhöht.

Deheln (Amt Waldshut, Baden). Mit der Firma Wiener Schweden Verhandlungen, die noch zu keinem Resultat führten. Zuzug von Pflastersteinarbeitern ist streng fernzuhalten.

Donaubräu. Die Lohnbewegung ist mit gutem Erfolg beendet. Es wurde zum erstenmal ein Einheitstarif abgeschlossen. Der Stundenlohn erhöht sich um 5 Pfg. Von allen Kollegen wird dieser Abschluß als schöner Erfolg anerkannt.

Frankfurt a. d. O. Die Lohnforderung wurde bei der Firma C. Schülze bewilligt. Die übrigen Firmen lehnen dieselbe strikte ab.

Steinach (S.-M.). Für die etwa 300 Personen umfassende Belegschaft der Herzoglich Meiningenschen Schiefergriffelbrüche wurde ab 7. April eine fünfprozentige Lohnaufbesserung erzielt.

Hüttensteinach. Ab 15. April tritt für die Schotterwerk- arbeiter der Firma Bugdan nach vorausgegangenen Verhandlungen eine Lohnreduktion von 2 Pfg. für 35 Kollegen ein.

Halberstadt. Bei den Sandsteinarbeitern kam eine Tarifverlängerung zustande. Neben einigen Verbesserungen der Akkordpreise und sonstigen Bestimmungen beträgt der Stundenlohn vom 1. Mai 1912 bis 30. April 1913 62 Pfg., vom 1. Mai 1913 bis 30. April 1915 65 Pfg. Die Arbeitszeit beträgt ab 1. Mai 1913 8 1/2 Stunden.

Heuscheuergebirge. Die Unternehmer in den Orten Rüders, Mittelsteine und Wünschelburg setzen bei der Einstellung die deutschen Steinmehrer offensichtlich hinten. Gegen ein solches Verfahren muß scharfsteinstens protestiert werden.

Dresden. Das Granitwerk Keil u. Komp. will bei den Steinmehrer Lohnreduktionen vornehmen.

Krefeld. Die Lohnbewegung ist mit Erfolg beendet. Erreicht wurde eine sofortige Lohnerhöhung um 3 Pfg. pro Stunde, und ab 1. April 1913 eine solche um weitere 2 Pfg.

Weinsberg bei Heilbronn a. N. Der Konflikt bei der Firma Kübler ist beigelegt. Die Wiedereinstellung aller Arbeiter und Bezahlung der tarifmäßigen Löhne wurde unter schriftlich anerkannt.

Jena. Die hiesigen Unternehmer haben den im vorigen Jahr abgeschlossenen Tarif für Kalksteinarbeiter gekündigt und einen Akkordtarif vorgelegt.

Darmstadt. Die Tarifbewegung ist mit Erfolg beendet. In drei Staffeln wird der Stundenlohn um 5 Pfg. erhöht.

Mainz. Die Steinmehrer der Kunststeinfabrik Ernst Zehrlaut sind in den Streik getreten.

Wesle-Ostwald. Die Kollegen stehen in einer Lohnbewegung und haben die Verhandlungen noch nichts Annehmbares für uns ergeben. Zuzug ist fernzuhalten.

Odenburg. Mit Erfolg konnte unsere Lohnbewegung beendet werden. Der Stundenlohn steigt in drei Staffeln auf 68, 70 und 72 Pfg. Auch die Akkordpreise für die Sandsteinarbeiter wurden dementsprechend erhöht.

Schweiz. Nach St. Margrethen ist Zuzug streng fernzuhalten. Die aus der Rheinpfalz zugezogenen Streikbrecher üben ihr schändliches Gewerbe immer noch aus. In Oesterreich-Ungarn sind gesperrt: Opatowitz (Granitwerk Ceslaj), Budapest (Melocco, Walla), Temesvar (Georg Kupfer), Esseg (Firma Hendrich).

Der Bezirkstarif für die Oberlausitz perfekt.

II.

Winkelszüge der Unternehmer und „begeisterte“ Streikstimmung der Arbeiter.

Als im März des Vorjahres unsere Demitzer Kollegen die Tarifvorlage einreichten, rührten sich die Herren Unternehmer nicht allzu stark. Einige nichtorganisierte Unternehmer suchten und fanden auch geschwind Unterschlupf in der Dresdener Streikversicherungs-Gesellschaft, welche seit einigen Monaten den Namen „Industrieclub“ führt. Wir wissen aus ganz bestimmter Quelle, daß zunächst die Granitindustriellen überhaupt nicht verhandeln wollten. Aber dieser hartnäckige Standpunkt wurde dann aufgegeben und es wurde unserm Verbands die Mitteilung, daß verhandelt wird, aber der Zeitpunkt wird später festgesetzt. — Nun erfolgten teilweise einige Lohnzulagen. — Aber die Absicht, das Vertrauen zum Steinarbeiterverband zu schwächen, gelang vorbei. Die Unternehmer rechneten im Mai oder Juni bestimmt mit dem Streik. — Die Kollegen legten natürlich auch eine große Streikstimmung an den Tag. Aber gerade deshalb, weil die Unternehmer auf den Kampf lauerten, mußte dieser im Jahre 1911 arbeiterseits unter allen Umständen vermieden werden. Der Steinarbeiterverband hätte mindestens 150 000 Mk. beim Kampf riskieren müssen, und wie damals die Situation stand, wären wir verloren gewesen, weil die Organisation im Ramenser Gebiet noch nicht genügend gefestigt war. Diese Ansicht wird heute von allen unsern Tarifkommissionsmitgliedern im vollen Umfange geteilt. Der Streik hätte wochenlang gedauert, die Arbeiten wären in die Nachbargebiete gegangen und beim Abbruch des Kampfes hätten wir in diesem Organisations-Neuland Hunderte von Mitgliedern verloren und wir hätten heute weder Zahlstellen von Bedeutung, noch einen Tarif. — Ein verlorener Streik in Striegau, in Pirna, im Fichtelgebirge usw. kostet uns keinen Mann, aber eine solche gewerkschaftliche Anschauung kann man nicht ohne weiteres verlangen von Leuten, die erst kurze Zeit Verbandsmitglieder sind.

Ende April 1911 fand in Demitz eine Versammlung statt, über 800 Kollegen füllten den Saal. Die Unternehmerschaft war auch zahlreich vertreten. Ihr Sprecher, Herr Rohdig, erklärte: Verhandelt wird, aber die Unternehmer können noch keinen genaueren Zeitpunkt angeben. Das stachelte die Arbeiter auf, und es ist psychologisch erklärlich, wenn die Kollegen sofort den Streik proklamieren wollten.

Einige Wochen später besuchte König August den Ruhnat'schen Betrieb. Da hing für diesen Tag ein „Demonstrationsstreik“ in der Luft. Die übrigen Unternehmer waren unangenehm berührt, daß der sächsische König nicht auf ihre Betriebe besichtigte. Der Demonstrationsstreik unterblieb, es wäre ein Dauertreik entstanden und die Firma hätte alles darangesetzt, um unsern Verband zu schwächen. Die kleinen Unternehmer wären ohne weiteres von dieser taktischen Maßnahme mitgerissen worden. Nebenbei sei bemerkt, daß beim Königsbesuch die Firma Ruhnat, die 800 Arbeiter beschäftigt, 20 000 Mk. für Unterstützungszwecke stiftete. — Die Arbeiter sagten sich nun, wenn solche „Geschenke“ gemacht werden können, dann muß das Steingewerbe noch einen guten Bagen Geld einbringen, und deshalb lautet die Parole erst recht: Unter allen Umständen einen Tarif.

Dann wollten die Unternehmer die Pflasterstein- zolldebatte ebenfalls für sich ausnützen. Sie sagten, wenn ihr wegen des Zolles eine Petition an den Reichstag sendet, wenn ihr die sozialdemokratische Fraktion zu beeinflussen sucht, daß der schwedische Handelsvertrag abgelehnt wird, dann läßt sich über die Abschließung eines Tarifvertrags reden. Die Arbeiter erklärten mit Recht, daß es die

deutschen Kommunalverwaltungen ja völlig in der Hand hätten, nur einheimisches Material zu verwenden. Vom „patriotischen“ Standpunkt aus müßten diese schon unaufgefordert dementsprechend handeln.

Im Juli 1911 begannen für Demitz endlich die Verhandlungen. 1500 Kollegen waren daran interessiert. Der Verbandsvertreter Staubinger sollte zu den Verhandlungen nicht zugelassen werden — es wurde ein anderer Vertreter gewünscht. Dieses Ansuchen empörte unsere Kollegen sehr, um dessentwillen, weil der Verband schon ganz auf den Hund gekommen sein müßte, wenn die Unternehmer derartige Wünsche ohne weiteres durchsetzen könnten. — Sachlich konnte man gegenüber dem Vorstandsvertreter auch kaum etwas einwenden, weil dieser selbst in der Lausitz früher als Steinmehrgearbeitet hatte. Nach der ersten Verhandlung kam es schon zu unerquicklichen Debatten, weil die Unternehmer bis zum nächsten Verhandlungstermin acht Tage aussetzen wollten. Sie setzten ihre Meinung durch. Als Begründung wurde ihre geschäftliche Unabkömmlichkeit angeführt. Und diese Taktik hielten die Unternehmer acht Wochen lang inne. Als nun der Ruhertarif endlich durchberaten war, wollten die Herren vom Spellerarif nichts wissen. Aber mit Ach und Krach wurde auch für die Speller, Pflastersteinmacher und Hilfsarbeiter die Vorlage durchgeholt. Natürlich wurde der Verhandlungstermin auch wieder hinausgeschoben. Aber die Arbeiterschaft hatte erkannt, daß die Unternehmer immer noch mit einem Streik rechneten. Dann aber kam die Eingabe des Steinarbeiterverbandes an den Reichsanwalt, in der verlangt wird, daß bei der Vergabung von Arbeiten, die auf Reichskosten ausgeführt werden sollen, nur solche Firmen berücksichtigt werden sollen, die mit ihren Arbeitern Tarifverträge abgeschlossen haben. Diese Eingabe hat in der Lausitz sehr verschleppt, denn einige Firmen hatten dementsprechende Werksteinnlieferungen zum Nordostsekanal, und weitere Submissionen in Hamburg, Stettin, Danzig usw. stehen in Aussicht. Und es war auch gut, daß Genosse Scheidemann im Reichstage ungeschminkt zum Ausdruck brachte, welchen Druck die sächsischen und schlesischen Granitindustriellen auf ihre Arbeiter ausüben. — In Demitz war somit der Tarif bis auf die Prozentgeschäfte und die Tarifdauer erledigt, und nun kam es zu drei langwierigen Verhandlungen für das Gebiet Häslich, Rindlich, Schwosdorf, Ramenz, Baugen und Hauswalde. Der eine Lichtblick war zum mindesten der, daß nun die Unternehmer zahlreich an den Verhandlungen teilnahmen. Es kam nun für uns Erfolg auf Erfolg. Häslich stieg sofort von 9 auf 160 Mitglieder, Hauswalde von 22 auf 65, Rindlich brachte etwa 60 Renaufnahmen, Ramenz mindestens 80 usw. Und was die Hauptsache ist, die Kollegen schnitten in diesen Orten bei den Verhandlungen im allgemeinen günstig ab. Das Hinausschieben des endgültigen Tarifabschlusses, das beabsichtigt war, um eine Mißstimmung gegenüber dem Steinarbeiterverbande zu erzeugen, schlug in taktischer Beziehung immer zugunsten der Arbeiter aus.

Die Unternehmer wollten nun die dreijährige Tarifdauer festsetzen, ebenso sollte es die bisherigen Prozente für die Demitzer Puffer nicht mehr geben. Dieses Ansuchen lehnten die Kollegen einmütig, in voller Zustimmung mit der Verbandsleitung in einer Massenversammlung ab. Die Kollegen sagten sich im Dezember: Wenn unsere Wünsche nicht berücksichtigt werden, dann ist jetzt die Tarifbewegung als beendet zu betrachten, aber bei günstiger Gelegenheit des Jahres 1912 kommen wir wieder, dann ist der Steinarbeiterverband auf der ganzen Linie gerüstet. Nun mußten die Unternehmer eine Entscheidung treffen, wenn sie im heurigen Jahre einem Konflikt aus dem Wege gehen wollten. Sie hatten schon im Jahre 1911 verschiedene Aufträge nicht annehmen können, heuer wollten sie sich in eine solche Situation nicht ohne weiteres begeben. Und so waren die Herren mit der zweijährigen Tarifdauer einverstanden, auch die Prozentzuschläge werden in vollem Umfange gewährt. (Bei der Firma Ruhnat werden jährlich etwa 12 000 Mk. Prozente ausbezahlt. Daraus geht hervor, warum die Puffer an dieser Forderung festhalten mußten.) Ein Teil der Puffer erhielt bis dato noch keinen Zuschlag, auch diesen kommt nun jene Vergünstigung zugute. — Die Demitzer Unternehmer wollten die Prozente unter keinen Umständen weiterzahlen. Sie mochten folgendermaßen denken: In Ramenz und Umgebung sind die Spellerlöhne für den Kubikmeter um 2—3 Mk. höher, und wenn nun in Demitz die Prozente wegfallen, dann sind die Ramenser Unternehmer nicht mehr dementsprechend konkurrenzfähig. Denn wenn Demitz pro Kubikmeter Reinarbeit um 6—8 Mk. niedriger submittionieren kann, dann werden die größeren Werksteinarbeiter nur den Unternehmern dieses Orts zusallen.

Der abgeschlossene Tarif in seinem Aufbau.

Die Tarifvorlage wurde in allen Einzelheiten von dem Demitzer Kollegen selbst ausgearbeitet. Sie war zugeschnitten auf die dort herrschenden Produktionsverhältnisse. 36 Hauptpositionen enthalten etwa 340 Preisfestsetzungen. Allerdings, die komplizierten technischen Einzelheiten, welche andre Tarife oft aufweisen, wurden hier unberücksichtigt gelassen, denn reich profilierte Arbeiten kommen weniger vor. Mindestens 95 Prozent aller Arbeiten, welche in der Oberlausitz angefertigt, können laut Tarif berechnet werden. Im Tarif wird Bezug genommen auf die vielerlei Bordstein- und Treppenprofile, Wendelstufen, Schwellen, Kämme, Fodeste, Ausklingungen, Deckplatten, Lochplatten, Sohlbänke, Ge-

wände, Sockelplatten, Sockel und Quader, Profile nach Gliedern, Gitterschwelle, schleifrechte und gestochte Flächen, Mühlesteine, Trogwände, Kadabweißer, Säulen, Kapitälchen usw. Pro Meter Glied kostet bei gewöhnlicher Bearbeitung 55 Pfg., für Denkmalsarbeit 80 Pfg., für schleifrechte Arbeit 1 Mk. Wir haben die Empfindung, daß bei der Festsetzung der Gliederpreise unsere Kollegen recht günstig abgeschnitten haben, denn die Abwicklung geht bloß bis 6 Zentimeter. Nicht der Gliederpreis ist für die Beurteilung, ob der Puzer etwas verdienen kann, maßgebend, sondern in erster Linie die niedrigere Zentimeterzahl bei der Abwicklung. Auf die Gliederberechnung wollten die Herren Unternehmer lange nicht eingehen, diesen Widerstand kann man in der gesamten Granitindustrie bemerken. Die Flächenberechnung konnte allerdings nicht in vollem Umfange durchgeführt werden, besonders nicht bei den Quaderarbeiten. Aber es wurde uns die Striegauer Paragrafierung vorgeführt, und schließlich kam dann eine Einigung nach jenem Tarif zustande. Die Unternehmer hatten sich, und das ist auch charakteristisch, mit allen möglichen Tarifen der Granitindustrie ausgerufen. Und nur die schlechtesten Positionen zogen sie zu ihren Gunsten heran. Die Arbeiter waren natürlich auch im Besitze aller jener Tarife. Aber eins stellte sich dabei heraus. Es wird sicherlich von großem Vorteil sein, wenn unsere Verbandsleitung Tabellen anfertigen ließe, welche die wichtigsten Positionen der einzelnen Tarife, schön unter- oder nebeneinander rubriziert, enthalten. Die Tarife für die Sandstein-, Granit-, Pflasterstein- und Marmorbranche müßten natürlich gesondert bearbeitet werden. Es wäre dann auf den ersten Blick zu ersehen, welcher Quadratmeterpreis für Podeste in Weihenstadt, Heppenheim, Rappeltodt, Striegau usw. bezahlt wird. Wäre der Härtegrad des Gesteins noch angegeben, dann hätte man sofort ein übersichtliches Bild, um den ewigen Ausreden bezüglich der Konkurrenz entgegenzutreten zu können.

Der Speller- und Pflastersteintarif enthält sechsundfünfzig Preisnormierungen. In der Oberlausitz verdienen die Speller und Pflastersteintarbeiter im allgemeinen etwas mehr wie die Puzer. Die Spellerlöhne für Quader im Ramenzer Bezirk stellen sich laut Tarif folgendermaßen:

Unter 0,07 cbm	12 Mt.
0,10	11 "
Über 0,10	9 "
0,25	7 "

In andern Steinbruchgebieten sind diese Affordsätze etwas höher. Das hat seinen Grund eben darin, weil die Steinbrüche nicht so günstig abgebaut werden können wie in der Lausitz. Recht hartnäckig zeigte sich die Unternehmer gegenüber den Hilfsarbeitern. Diese Position befriedigt auch uns am allerwenigsten. Aber der Verband hat für diese Kategorie herausgeholt, was eben nur mit Aufbietung aller Kräfte möglich war. Die untersten Grenzen wurden am 1. April 1912 um 2 Pfg. pro Stunde erhöht. Die Unternehmer stellten die Formel auf, wenn nun unter allen Umständen die Arbeiter am Tarif festhalten, dann müssen die Preisätze im ganzen Gebiet gleich sein. Das klingt sehr schön, praktisch läßt sich aber diese Formel im Steinbruchbetrieb nicht verwirklichen. Gewiß, ob der Puzer sein Werkstück in Schmölln, Häslich oder Ramenz herstellt, da ist eine einheitliche Preisfestsetzung möglich. Er hat überall die selben Produktionsoperationen auszuüben. Nur die verschiedene Härte des Materials ergibt eine Differenzierung. Anders liegen die Dinge für die Speller und Pflasterer. Da kommt es vorzugsweise auf die Massivität des Felsens, auf die „Gangart“ des Gesteins und auf die diversen Winden- und Hebevorrichtungen an. Das harte Material ist in den meisten Fällen den letzten genannten Berufsgruppen sehr willkommen, der Puzer ist davon allerdings weniger angenehm berührt. Da nun beinahe jeder Steinbruch seine besonderen Eigenarten hat, so leuchtet es wohl den Lesern ein, daß es nicht leicht war, für die Speller und Pflasterer einen Mittelweg bei der Lohnfestsetzung zu finden.

Besonders sei bemerkt, daß die Unternehmer am „technischen“ Aufbau der von den Arbeitern eingereichten Vorlage nur unwesentliche Änderungen vornahmen. Das war für unsre Kollegen von Vorteil. Wir haben es ja in Weucha, im Mainsardstein- und Muschelkalkgebiet gesehen, daß die Unternehmer bei den Verhandlungen mit eigenen Vorlagen herausrückten und eine „Ueberrumpelungspolitik“ betrieben. In die allgemeinen Bestimmungen konnten die Lausitzer Industriellen allerdings einige Paragraphen einschmuggeln, welche sehr stark nach Bürokratismus riechen. Hauptausgangspunkt bei einem Tarifabschluß ist aber nicht der „ideelle“, sondern der „materielle“ Teil.

Da nun in den letzten Wochen die Unternehmer wegen der Prozentgeschichte sehr nervös wurden, so lehnten sie es ab, daß der Zentralvorstand unseres Verbandes als Tarifkontrahent in Frage komme. Die Unterzeichnung des Tarifs nahmen nun die Arbeiter selbst vor. Da sieht man wieder so recht die verzögerte Stimmung und kleinliche Disposition im Unternehmerlager.

Schlufbemerkung. Wir sind etwas ausführlich geworden. Aber der Tarif, der für ein so großes Gebiet Gültigkeit erlangte und unter so eigenartigen Verhältnissen zustande kam, rechtfertigt eine eingehende Besprechung. Es fällt uns gar nicht ein, den Abschluß besonders zu loben, es gefällt uns daran verschiedenes nicht. Aber da geht es den Kollegen so, wie den Mietern, die einen modernen Neubau beziehen. Beim ersten Anblick sind sie alle von dem Bau entzückt, wenn aber die einzelnen Räumlichkeiten bezogen werden, dann kommen diverse Ausstellungen. Ein Wohnhaus zu bauen, welches den Wünschen aller Mietsparteien entspricht, wird kaum einem Baumeister gelingen. Und so verhält es sich auch mit dem Lausitzer Tarifabschluß. Aber Kögler gabs auch bei dieser Lohnbewegung, erfreulicherweise hatten sie keinen Einfluß. Die Tarifkommissionsmitglieder hatten die taktischen Maßnahmen bis ins kleinste Detail ausgearbeitet und durchbesprochen. Gewiß, wenn öfters nur das Gefühl hätte allein entscheiden dürfen, dann war der Verschleppungspolitik der Unternehmer gegenüber der Streik die allein richtige Antwort. Mit Gefühlsausbrüchen gewinnt man aber noch lange keinen Kampf, bei allen Maßnahmen in der Lausitz müßten die allerersten Erwägungen ausschlaggebend sein, unbekümmert darüber, wie die Masse momentan die führenden Kollegen beurteilt. Und die einzelnen Phasen der gepflogenen Verhandlungen haben den Dispositionen der Tarifkommission völlig recht gegeben. Vor einem Jahre dachte in Demitz kein einziger Kollege daran, daß im April des Jahres 1912 im Ramenzer Gebiet ein Tarif eingeführt sein würde. Aber das Unerwartete trat ein und Hunderte

von neuen Mitgliedern wurden während dieser Bewegung dem Verbandszuge beigefügt. Besonders wichtig ist der Tarifabschluß für die Pflastersteintarbeiter in ganz Deutschland. Am Lausitzer Abschluß sind etwa 2400 Kollegen der verschiedensten Sparten interessiert. Wir meinen da die Hilfsarbeiter, Speller, Puzer und Pflasterer. Soweit die große Zahl der Arbeiter in Frage kommt, ist das der bedeutendste Abschluß, der bisher in der Steinindustrie zu verzeichnen war. Der Tarif als Ganzes betrachtet, ergibt, daß unser Verband in der Lausitz ein schönes Stück vorwärts gekommen ist. Beispielsweise müssen in Bischofswerda, Cunewalde, Baugen, Oberkaina, Rübisch, ebenfalls die Lohnverhältnisse tariflich geregelt werden. Sofort muß des Weiteren eine umfassende Agitation unter den 600 Schottersteinschlagern von Ramenz und Umgebung einsetzen.

In Zukunft dürfen wir durch diesen Tarifabschluß die Zahlstellen des Lausitzer Gebietes zum festen Bestand unserer Organisation rechnen. Wir haben ohne Streik eine Bewegung durchgeführt, welche für die Kollegen manch finanziellen Erfolg in sich birgt.

Zur Tarifbewegung im Würzner Pflastersteingebiet.

In den Orten Röditz, Falkenhain, Grimma, Altenhain, Elptitz, Würzen usw. dominiert eine starke Pflastersteinindustrie. Die Produkte finden in Sachsen sowie in Preußen glänzenden Absatz. Die Hahburger Porphyrtal-AG. verteilt nie unter 7 bis 8 Prozent Dividende. Es sind nun circa 1000 Kollegen in eine Tarifbewegung eingetreten und die Herren Unternehmer wurden darüber nun in einem höflichen Schreiben in Kenntnis gesetzt. Die Arbeiter rechneten mit Bestimmtheit darauf, daß die Unternehmer verhandeln würden. Statt dessen kam ein Schreiben mit folgendem Inhalt:

Röditz, den 3. April 1912.
An die Herren Steinarbeiter (nun folgen die Namen)!
Zu den gestellten Forderungen können wir nicht Stellung nehmen, da sie nicht von der Arbeiterschaft unserer Betriebe ausgehen.

Hahburger Quarz-Porphyr-Werke A.-G.
Luzn.

Das Schreiben ist charakteristisch, wie man in gewissen Kreisen heute noch über die Bestrebungen der Steinarbeiter denkt. Die Briefe der übrigen Firmen lauten beinahe wörtlich so. Genau so haben es die Besenbesitzer in Rheinland und Westfalen auch gemacht. Zuerst wurden die Forderungen der Bergarbeiter mit dem Bemerkel abgelehnt, diese gehen von den beteiligten Verbänden aus. Als dann die Arbeiterausschüsse dieselben Forderungen zu den übrigen machten, sagten die Besenbesitzer wiederum, Lohnfragen gehen den Arbeiterausschüssen überhaupt nichts an.

Unsre Kollegen sind über diese Antwort natürlich stark entrüstet, denn es ist doch keine gerechte Sache, wenn die Arbeiter, welche einen so schweren Beruf haben, mit einer so nichtigsten Bemerkung abgepeißt werden. Überall werden Tarifverträge abgeschlossen, nur hier weigern sich die Unternehmer, mit den Arbeitern eine Verständigung zu suchen.

Unsre Kollegen, welche die Bewegung in friedlicher Weise durchzuführen gelassen sind, haben den einzelnen Firmen am 8. April nachstehendes Schreiben unterbreitet:

Sehr geehrte Firma!

Wir beklagen den Empfang Ihres Bescheides. Allerdings die Antwort, welche uns geworden ist, hat die Arbeiterschaft Ihres Betriebes sehr überrascht. In der ganzen Steinindustrie werden Tarifabschlüsse perfekt, warum soll das hier nicht gehen? Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Wir langnen nicht, daß die Arbeiter organisiert sind, auch die Herren Steinindustriellen haben ihre Verbände, es liegt eben im Zuge der Zeit, daß es ohne Organisation nicht mehr geht. Wir möchten Sie noch einmal dringendst ersuchen, doch auf Grund unserer Vorlage zu verhandeln. Ist denn wirklich das Verlangen der Arbeiter ungehörig, wenn ein Tarif abgeschlossen werden soll? Die Arbeiter können es nicht begreifen, daß ihre gerechte Sache mit wenigen Zeilen seine Erledigung gefunden haben sollte.

Und wenn einige Lohnverbesserungen verlangt werden, so darf man uns das nicht verüßeln, auch die Steuerlasten sind enorm gestiegen in der letzten Zeit, desgleichen auch die Lebensmittelpreise. Die Arbeiten werden ebenfalls heute exakter verlangt, als wie vor zehn Jahren, weil die Baubehörden ganz andre Anforderungen stellen.

Die Arbeiter wünschen dringend, daß die Lohnverhältnisse tariflich geregelt werden, und was in Aue, Weucha, Demitz-Dumitz, Bischofsheim, Ramenz, Striegau, Oberkreutz, Strehlen usw. möglich ist, das ist bei gutem Willen auch hier möglich.

Wir ersuchen höflichst, uns bis zum Freitag, den 12. April, zu benachrichtigen, ob Sie geneigt sind, einen Tarif abzuschließen, und wann eventuell die Verhandlungen beginnen könnten. Wir sind jederzeit bereit, in Verhandlungen einzutreten.

In der Erwartung, daß Sie für Ihre Arbeiter auch ein dementsprechendes Entgegenkommen zeigen, zeichnet mit größter Hochachtung
Der Arbeiterausschuß (folgen Namen).

Die Arbeiter sind nun gespannt, ob die Unternehmer überhaupt verhandeln. Wie wir erfahren, sind die Herren im „Industrieclub“ (St. Dresden) organisiert. Den Arbeitern scheint man es zum Vorwurfe zu machen, daß sie sich dem Steinarbeiterverband angeschlossen haben, wenn aber die Unternehmer sich ihren Vereinigungen anschließen, so halten sie das für eine selbstverständliche Sache.

Zur Verschmelzungsfrage.

I.

Auf der Generalversammlung in Eisenach wurde die Frage der Verschmelzung mit dem Verbande deutscher Bauarbeiter schon eingehend ventilert. Es waren hauptsächlich die Delegierten aus einigen Großstädten, die für die Verschmelzung Propaganda machten. In München wird dieses Thema wiederum eine ziemlich Erörterung erfahren, das beweisen die gestellten Anträge. Wir sind heute genau noch gegen eine Verschmelzung wie im Jahre 1910. Der Steinarbeiterverband ist in den letzten zwei Jahren selbst ein Industrieverband geworden, wie das aus den verschiedensten Branchen, die in ihm vertreten sind, geradezu drastisch hervorgeht.

Als am 1. Januar 1903 die „lose“ Organisationsform aufgehoben wurde, zählten wir rund 7000 Mitglieder, heute mehrern wir über 28 000. Das ist geradezu ein gewaltiger Fortschritt. Allerdings ca. 10 000 Mitglieder davon haben wir erst in den letzten zwei Jahren gewonnen. Aber durch unsere günstige Beitragsstaffelung ist noch auf einen großen Zuwachs zu rechnen. Das Hauptkassenvermögen stieg in den letzten zehn Jahren ebenfalls um eine halbe Million Mark, so daß wir ohne jegliche Uebertreibung behaupten können, der Steinarbeiterverband kann mit den erzielten organisatorischen Erfolgen sehr wohl zufrieden sein. Also, rein äußerlich betrachtet, haben auch die Verschmelzungsfreunde keinen Anlaß, zu behaupten, unser Verband sei nicht tatkräftig genug, um die Interessen der Mitglieder genügend vertreten zu können. Wer etwa mit solchen Argumenten operieren wollte, würde unsern Verband, sagen wir, ungewollt — — herabsetzen.

Gewiß ging in den letzten Jahren im deutschen Gewerkschaftsleben der Zug ins große, wie das einige Verschmelzungen, die perfekt wurden, beweisen. (Wir kommen darauf noch zu sprechen.) Wenn wir aber die Entwicklung der Steinindustrie ins Auge fassen, so dünkt es uns, daß in dieser Hinsicht unser Verband auch in der Zukunft sehr wohl seine Aufgaben lösen kann. Wir haben es ja in den letzten Wochen erst wieder gesehen, daß wir in einer Reihe von Hartsteingebieten umfangreiche „erstmalige“ Tarifbewegungen, an welchen über 3000 Arbeiter beteiligt sind, abschließen konnten.

Mit der Heranziehung der Arbeiter in den Granit-, Basalt-, Trachyt-, Porphyr-, Grauwade-, Kalksteinbrüchen usw. können wir auch in Zukunft auf einen großen Mitgliederzuwachs rechnen. Auch in den Sandsteinbrüchen können wir noch auf Erfolge rechnen, soweit die Gewinnung von Mitgliedern in Frage kommt. Wir meinen, wenn sich so mit unser Verband in der kurzen Spanne Zeit von zehn Jahren so großartig entwickelt hat, so liegt kein Grund vor, unsern Verband einer andern Organisation anzugliedern.

Es ist sicherlich nicht ohne Interesse, wenn wir feststellen, daß vor einigen Jahrzehnten ein Teil der Steinhauer (Steinmehnen) faktisch schon der Maurerorganisation angehörten. Rom 4. bis 9. Juni 1878 tagte in Berlin der erste Kongreß der Maurer und Steinhauer des Deutschen Reiches. Auf Seite 31 des diesbezüglichen Protokolls heißt es: „Ganz un- vermittelt“ hören wir auf dem Kongreß von Anfang an den Namen: „Allgemeiner Maurer- und Steinhauerverein, dessen sich die Organisation nun fernerhin bedient. Das Wort Steinhauer soll auf Wunsch der Süddeutschen Kollegen eingeschaltet worden sein.“

Auf jenem Kongreß waren 67 Delegierte anwesend, die 80 Städte mit 41 242 „Stimmen“ zu vertreten hatten. Ueber das Berufliche der Steinhauer finden wir im offiziellen Protokoll dementsprechende Äußerungen nicht. Aus einer angenommenen Resolution teilen wir zur Orientierung unserer Leser folgenden Passus mit:

„Für die Gewerkschaft der Maurer und Steinhauer hat sich in Deutschland der im Jahre 1869 in Berlin gegründete, zentralisierte allgemeine Deutsche Maurerverein mit seiner Organisation behufs Erlangung höherer Löhne und Verminderung der Arbeitszeit für ganz praktisch erwiesen.“

Die Delegierten verpflichteten sich demnach, in ihren Kreisen und bei ihren Mandatgebern für den Anschluß an diesen Verein nach besten Kräften zu wirken, und dadurch eine Organisation sämtlicher deutscher Maurer, Steinhauer und Steinmehnen anzubahnen.“

Es war allerdings schon damals in einigen Städten durchgeführt, daß die Steinmehnen, es kamen nur die der Sandsteinbranche in Frage, mit den Maurern eine gemeinsame Organisation hatten. Und daß man schon frühzeitig eine bestimmte zentralistische Organisation für die sämtlichen Bauarbeiter im Auge hatte, besagt nachstehender Passus aus dem verbesserten Organisationsentwurf, der 1874 veröffentlicht wurde.

„Mitglied des allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauerbundes kann jeder innerhalb des Deutschen Reiches wohnende Maurer (Puzer, Lünker), Steinhauer, Stuckateur, Töpfer, Dachdecker, Steinseher, Ziegler und Brunnenmacher werden.“

Wir müssen sagen, daß dieser futuristische Vorschlag ein Beweis ist, daß schon damals die Führer der Maurerorganisation sehr weitsichtige Leute waren. Im allgemeinen aber blieb es bei der gefaßten Resolution, denn soweit die Steinmehnen in Frage kamen, hatten sie selbst schon eine Organisation gegründet. Die Führer arbeiteten in Berlin und Hamburg. Die wirkliche organisatorische Vereinigung der Maurer und Steinhauer war somit in den siebziger Jahren des verflornten Jahrhunderts hauptsächlich eine problematische, sie war mehr in Resolutionen und Statuten festgelegt, in der Praxis, von einigen Städten abgesehen, war diese Vereinigung kaum vorhanden.

Berührungspunkte.

Zwischen den Berufen der Bau- und Steinarbeiter sollen eine Menge beruflicher „Berührungspunkte“ bestehen, so sagen die Freunde der Verschmelzung. Gehen wir der Sache auf den Grund. In früheren Jahrhunderten und wohl auch noch vor einigen Jahrzehnten bestand zwischen den Maurern und Steinmehnen in den Städten ein engeres Zusammenarbeiten. Der Werkstein wurde meist am Bau selbst hergestellt, denn in den Brüchen, in denen die Rohsteine gewonnen wurden, fehlte es an den nötigen technisch geübten Steinmehnen. Auch aus verkehrstechnischen Gründen wurden die Rohsteine erst an der Baustelle bearbeitet. Mitunter mögen auch die Maurer direkt Steinmehnarbeiten verrichtet haben, und umgekehrt mag es auch so gewesen sein. Durch die damals herrschenden Zunftformen und Gebräuche hatten die Maurer, Steinmehnen und wohl auch die Zimmerer vieles gemeinsam. Und das mögen die Berührungspunkte sein, die einmal bestanden haben. Heute aber haben in beruflicher Beziehung die Maurer und Steinmehnen nur äußerst lose Berührungspunkte, wenn man von solchen überhaupt noch sprechen darf. Dadurch, daß an großstädtischen Bauten raffiniert ausgeklügelte transportable Hebevorrichtungen vorhanden sind, wird sogar zum „Verlassen“ der Werksteine der Steinmehne immer mehr ausgeschaltet.

Zu früher wurden die Berkehrarbeiten nur von Steinmehnen geleistet; mit den besseren Hebevorrichtungen ist eine Beschädigung der angefertigten Arbeiter auf ein Minimum beschränkt. Und so benötigt man den Steinmehnen kaum mehr zum Schlagen der Glöden- und Wolsfächer. Diese „Kleinigkeiten“ werden heute vorwiegend auch schon von den Maurern besorgt. — Gewiß gibt es noch einige Städte, in denen die Steinmehnen Berkehrarbeiten leisten, aber es sind deren nicht viel. (Die Warmorbhande ist bei dieser Perspektive natürlich nicht mit inbegriffen.) Wenn es dann in früheren Jahrzehnten in den Städten noch bevölkerte Steinmehnerkorporationen gab, so ist auch hierin ein gründlicher Wandel eingetreten. Wo trifft man heute in einer Großstadt noch einen Steinmehnerplatz an, der auf die ehemals große Bedeutung des Steinmehnhandwerks schließen ließe? In Berlin, Hamburg, Dresden, Riesa, Leipzig, Halle, München usw. kann man ja dementsprechende Studien machen. Die in sich aufgenommenen Eindrücke sind dann allerdings nicht die angenehmsten.

Wenn wir die übrigen Gruppen unserer Industrie betrachten, so finden wir trotz aller Anstrengung einen innigen Kontakt mit dem Maurerberuf bzw. mit dem Baugewerbe nicht. Höchstens kann man gleich die Vorbemerkung machen, wenn für das Baugewerbe die Konjunktur ungünstig ist, daß

dann der Geschäftsgang in der Steinindustrie auch ein schlechter sein wird. Aber dieser wirtschaftliche Berührungspunkt besteht ja in Zeiten der Krise auch innerhalb anderer Industrien. Es leuchtet uns nicht ein, welcher Zusammenhang zwischen den Arbeitern in den Granit-, Schleifereien und denen des Bauberufs bestehen soll! Die in den Schleifereien erzeugten Monumentalarbeiten werden zum überwiegenden Teil nicht einmal für die Baubranche produziert. Die Besteller von Grabdenkmälern, Sarkophagen usw. sind Privatpersonen. Das Baugewerbe kommt als Abnehmer für geschliffene Granitprodukte größtenteils nur mit „Verkleidungsplatten“ in Betracht. In den Granitsteinbrüchen ist es allerdings anders, denn in diesen werden außer Pflaster-, Bord- und Kantsteinen auch Werksteine hergestellt. Aber einen innigen Konnex mit dem Bauberufe können wir auch dieserhalb nicht entdecken. Und verhält es sich denn mit den Arbeitern in den Basalt-, Basalttuff-, Porphyr-, Grauwacke-, Marmor-, Kalk- und Sandsteinbrüchen anders? Ohne uns extrem ausdrücken zu wollen, dürfen wir wohl behaupten, daß die vielen Zehntausende von Arbeitern in den vorgenannten Steinbrüchen mit der Baubranche in beruflicher Hinsicht nichts gemein haben. Die Kollegen in den Marmorwerkstätten stellen teils Ergänzungsstücke zu Möbeln, teils Arbeiten für den inneren Ausbau der Gebäude her. Aber auch in dieser Branche ist das „Verwandtschaftliche“ mit dem Bauberufe recht weitläufig. Der Holzgänger draußen im Walde, der die Bäume fällt, aus denen später Dachbalken gezimmert, oder wie es häufiger vorkommen dürfte, geschnitten werden, hat doch deshalb mit den Leuten vom Bau noch keine gemeinschaftlichen Berufsinteressen!

Summa summarum: Die Arbeiter in der gesamten Steinindustrie (ausgenommen ein kleiner Teil der Sandsteinbranche) haben mit den beruflichen Verhältnissen im Baugewerbe nichts zu tun. Was früher für einen Teil der Sandsteinmehrer zutrifft, ist heute beinahe außer Geltung gekommen.

Kartellverträge zwischen Gewerkschaftsorganisationen.

Zu den unliebsamsten Erörterungen auf den Gewerkschaftskongressen gehören unzweifelhaft die regelmäßig wiederkehrenden Diskussionen über Grenzverträge. Jede Gewerkschaft ist darauf bedacht, die Zahl ihrer Mitglieder zu vermehren, und alle zu ihrem Beruf oder zu ihrer Industrie gehörenden Arbeitergruppen ihrer Organisation zuzuführen. Da es aber heute infolge der Entwicklung von Industrie und Technik fast gar keinen in sich völlig abgeschlossenen Beruf mehr gibt, sondern die einzelnen Berufe immer mehr ineinander greifen, und da ferner viele Arbeiter infolge Arbeitsmangels ihren Beruf häufig wechseln, so ist es ganz erklärlich, daß es innerhalb der Gewerkschaften wegen der Organisationszugehörigkeit von einzelnen Arbeitern oder Arbeitergruppen zu gelegentlichen Differenzen kommt. Anträge, die einzelnen ineinandergreifenden Berufe zu einheitlichen Organisationen zu verschmelzen, wurden von den Gewerkschaftskongressen mit Recht als undurchführbar abgelehnt. Dagegen empfahl der Hamburger Gewerkschaftskongress im Jahre 1908 den an die Generalkommission angehängten Verbänden, „irrtümliche Agitationsgebiete durch besondere Vereinbarungen mit den Zentralvorständen der in Betracht kommenden Verbände abzugrenzen und alle Fragen der beruflichen wie gemeinsamen Agitation, des Uebertritts von Mitgliedern und des Zusammenwirkens bei Lohnbewegungen durch feste Bestimmungen (Kartellverträge) zu regeln.“

In Uebereinstimmung mit dieser Resolution des Gewerkschaftskongresses und gestützt auf die Beschlüsse des Verbandstages hat der Vorstand des Bauarbeiterverbandes in den letzten Wochen mit dem Verband der Fabrikarbeiter, dem Deutschen Transportarbeiterverband, dem Brauerei- und Mühlenarbeiterverband Kartellverträge abgeschlossen.

Nach den Verträgen mit den Verbänden der Fabrikarbeiter, Transportarbeiter und Brauerei- und Mühlenarbeiter sollen die Funktionen der vertragsschließenden Organisationen darauf achten, daß Personen, die im Baugewerbe beschäftigt sind, in den anderen Organisationen keine Aufnahme finden, während die in jenen Berufen Beschäftigten im Bauarbeiterverband keine Aufnahme finden dürfen. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn an einem Orte die vorhandene Zahl der Arbeiter zur Bildung einer eigenen lebensfähigen Mitgliedschaft nicht ausreicht. Sind 10 oder mehr Mitglieder vorhanden, so sollen sie sich in der Regel ihrem Berufsverband anschließen. Arbeiten Mitglieder der vertragsschließenden Verbände in einem Betriebe, für den der andere Verband zuständig ist, so haben sie sich spätestens nach 6 Wochen diesem anzuschließen. Hier von sind solche Mitglieder ausgeschlossen, die wegen Wahrnehmung im Dienste der Organisation, der sie angehören, keine Arbeit mehr erhalten und sich in führender Stelle (Vorstand oder Kasse) in der Organisation befinden. Wer jedoch ein volles Jahr in anderem Berufe beschäftigt ist, soll auch in diesem Ausnahmefall in die zuständige Organisation übertreten. In der Resolution des Gewerkschaftskongresses heißt es, daß vorübergehend in einem Berufe beschäftigte Gewerkschaftsmitglieder bei ihrer Organisation bleiben könnten, doch müßten sich Arbeiter, die alljährlich regelmäßig ununterbrochen länger als drei Monate zu einem und demselben Beruf übertreten, immer der Organisation des Berufs anschließen, in dem sie arbeiten. Die zwischen den genannten Verbänden getroffenen Vereinbarungen sind also viel präzisier, so daß sich bei einigem guten Willen der beiderseitigen Funktionäre Differenzen wohl vermeiden lassen.

Weiter wird in den Verträgen bestimmt, daß die Mitglieder bezüglich des Lohnes und der Arbeitsbedingungen immer den Satzungen des Berufs unterstehen, in dem sie arbeiten. Müssen Mitglieder infolge Berufswechsels in eine andere Organisation übertreten, so werden sie in diese ohne Eintrittsgeld mit vollen Rechten aufgenommen, vorausgesetzt, daß sie sich in ihrer alten Organisation abgemeldet und ihre Beiträge bis zum Tage des Austritts voll bezahlt haben. Während eines Kampfes um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen an dem betreffenden Ort Mitglieder der kämpfenden Organisation in der anderen Organisation nicht aufgenommen werden. Werden bei einem Kampfe Extrabeiträge erhoben, so sind diese auch von den im kämpfenden Berufe arbeitenden, aber dessen Organisation noch nicht beigetretenen Mitgliedern der vertragsschließenden Organisation an diese zu zahlen. Die Unterstützung darf für die Mitglieder der anderen Organisation keine höhere sein, als wie die im Kampfe stehende Organisation ihren eigenen Mitgliedern gewährt. Ferner ist bestimmt, daß sich die an Kämpfen beteiligten Mitglieder der vertragsschließenden Organisationen täglich einmal bei der kämpfenden und der eigenen Organisation zur Kontrolle zu melden haben. Personen, die in einer Organisation wegen Beitragsrückständen gestrichen, wegen zu hoher Beiträge ausgetreten oder wegen Vergehens gegen die Interessen der Organisation ausgeschlossen sind, ist die Aufnahme in die vertragsschließende Organisation zu versagen. Schließlich sind noch Bestimmungen zur Regelung von Beschwerden und Differenzen getroffen.

Der zwischen dem Holzarbeiterverband und dem Bauarbeiterverband abgeschlossene Kartellvertrag weicht insofern von den anderen Verträgen ab, als er kurz und bündig bestimmt, daß Mitglieder beider Verbände, die regelmäßig während der Sommermonate als Bauarbeiter und im Winter als Holzarbeiter beschäftigt sind, gehalten sind, beim Berufswechsel in die für den neuen Beruf zuständige Organisation überzutreten. Jedoch muß hier die Anmeldung bei der neuen Organisation schon innerhalb der ersten acht Tage nach Antritt der Beschäftigung erfolgen. Auch hier wird den

über tretenden Mitgliedern von der neuen Organisation die volle Mitgliedschaft angedreht.

Mit einigen andern Organisationen steht der Deutsche Bauarbeiterverband in Unterhandlungen, die zum Abschluß ähnlicher Kartellverträge führen dürften.

Wirtschaftliche Rundschau.

Fortschritte des Elektromonopols: die Kapitulation der Bergmannwerke vor Siemens u. Halske.

Vor knapp zwei Jahren flüchteten sich die Unternehmungen des Felten- und Guillaume-Rahmeyerkonzerns, die in Frankfurt a. M. und Mülheim a. Rh. ihren Sitz hatten, in den Machtbereich der großen Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft. Es war das alte Lied, das man schon hörte, als 1903 die Union Elektrizitätsgesellschaft die schützenden Fittiche der selben A. G.-S. aufsuchte, und das abermals erklang, als etwa zur selben Zeit die müde gewordene Schudertgesellschaft in Nürnberg Anlehnung und Anschluß an Siemens u. Halske fand. Blühten die Aufschwungsjahre, raschste, überstürzte Ausdehnung, dann verhältnismäßiger Stillstand und große finanzielle Relegenheiten bei ruhigerem, normalerem Geschäftsgang, schließlich Kapitulation vor den, wenn nicht technisch, so doch kaufmännisch und finanzkapitalistisch viel besser ausgerüsteten Großmächten der Elektrotechnik: dieses Bild wiederholte sich immer von neuem, so daß man sich allmählich an solche fortschreitenden Fusionen gewöhnte. Noch die Verschmelzung des Dynamowerkes in Frankfurt mit der Fabrikation elektrischer Kabel und Drähte in Mülheim (im Jahre 1905) hatte ziemlich großes Aufsehen erregt, weil man den „Zug der Zeit“, die umfassenden Betriebszusammenschlüsse noch immer als etwas Fremdartiges empfand. Bei der abermaligen Fusion von 1910 tröstete man sich wenigstens noch damit, daß neben den beiden Monopolriesen immerhin eine wirksame Konkurrenz erhalten bleibe: die Bergmann-Gesellschaft. Heute, nach anderthalb Jahren, steht dieses letzte Außenbollwerk vor der Kapitulation, und wahrscheinlich wird die Siemensfirma diesmal die gewinnende Partei sein; es handelt sich im Grunde nur noch um die genauere Festlegung der Uebergabebedingungen.

Bis vor kurzem hatte die unterlegene Aktiengesellschaft noch die Führung in der Dividendenhöhe gegenüber allen großen Elektrizitätsunternehmungen in Deutschland. Bis 1909 zahlte sie Dividenden bis 18 Proz., ihre Aktien standen einst 300 Proz. Die Anlagen in Berlin und Rosenthal bei Berlin bezeichnete man in Fachkreisen als mustergültig; noch zuletzt stellte man die für die Bitterfelder Staatsbahnstrecke konstruierte elektrische Probeflokomotive in bezug auf Einfachheit der Handhabung sogar über die Konstruktionen anderer Wettbewerber. Aber man scheint bei den beständigen Erweiterungen und Neuanlagen mehr und mehr das Augenmaß für den erhöhten Bedarf an Betriebskapital und finanziellen Hilfsmitteln aller Art verloren zu haben. 1909 errichtete man in Desterreich (Bodenbach) ein Filialwerk, das eine Million Mark kosten sollte und tatsächlich 3 bis 5 Millionen Mark zu verschlingen droht. Dann verließ man die reine Fabrikationsstätigkeit und beteiligte sich im August 1910 mit 5,9 Millionen Mark an der Errichtung eines Finanzinstitutes (Bergmann Elektrizitätsunternehmungen, Grundkapital 12 Millionen Mark) für den Bau elektrischer Bahnen, städtischer und Ueberlandzentralen auf eigene oder fremde Rechnung, für den Erwerb von Konzessionen zur gewerblichen Ausnützung der elektrischen Kraft, für den Erwerb oder die Finanzierung von auftragbringenden Unternehmungen aller Art. Ähnliches hatten die älteren Riesenfirmen schon längst vorher getan; vielleicht geschah es bei Bergmann, im Vergleich zu dieser Konkurrenz, nur zu spät; aber jedenfalls war diese neue Inspannung der Kräfte ganz enorm, weil die Aktien einer solchen auftragserwerbenden Tochtergesellschaft naturgemäß zunächst zinslos bleiben. Abschreibungen und Rücklagen wurden sehr halb vernachlässigt, um die alte Dividendenhöhe und damit das Ansehen der Firma möglichst aufrechtzuerhalten. Dann mußte man sich trotzdem zu dem unwillkommenen Schritt entschließen und diesmal Wündigen die Blätter eine „bestenfalls um mehrere Prozent niedrigere“ Dividende an. Man hat in kurzer Zeitspanne für 20 Millionen Mark Obligationen aufgenommen und bedarf im Augenblick wiederum 20 Millionen Mark für Schuldentilgung und Betriebsmittelerhaltung. Die Großbanken haben unter solchen Umständen ihre Hand zurückgezogen, bis sich die Situation gründlicher geklärt habe. Möglicherweise entpuppt es sich jetzt geradezu als Verhängnis, daß die Bergmannwerke sich, neben der Diskontogesellschaft, lange Zeit vorwiegend auf die Deutsche Bank stützten, die ihrerseits mit den Siemens-Schudertwerken so eng verbunden ist und namentlich bei der Kreditperze in erster Linie steht. An die selbständige Ausgabe neuer Aktien oder neuer Obligationen ist deshalb im Augenblick nicht mehr zu denken. Die Lösung wird vielmehr sein, daß eine der beiden Riesenunternehmungen die Aktien übernimmt und damit ein kontrollierendes Uebergewicht in der gesamten Leitung herstellt wird. Allgemein sieht man Siemens u. Schudert als den lauchenden Erben an.

Damit wären wir dem Trustmonopol auf einem der bedeutendsten und zukunftsreichsten Produktionsgebiete mit einem plötzlichen Ruck näher gekommen. Den zwischen der A. G.-S. und Siemens u. Schudert bestand schon seit langem in wichtigen Interessensfragen ein gemeinsames Operieren, dessen Folgen nur durch die Außenkonkurrenz, vor allem Bergmanns, gemindert wurden. Schwindet diese Abchwächung des Monopols, so werden nicht zum mindesten auch die Finanzen des Staates betroffen, der die Elektrifizierung der Vollbahnen als nächste große Aufgabe vor sich sieht.

Berlin, 8. April 1912. Max Schippel.

Storrespondenzen.

Münberg. Hier tagte am 29. März eine Mitgliederversammlung, welche gut besucht war. Es wurde eine Neuwahl der Gesamtvorstandsfunktion vorgenommen. Das Ergebnis war folgendes: 1. Vorl. Kollege Georg Gohrmeier, 2. Vorl. Kollege Max Witzhammer, Kassierer Kollege Joseph Boglmann, Schriftführer Kollege Karl Fernbacher. Als Revisoren wurden die Kollegen Alois Witzhammer, Johann Dietl und Joseph Jodit gewählt. Zum 2. Punkt, Bericht über die gegenwärtige Lohnbewegung, wurde bekannt gegeben, daß die Unterhandlungen verlegt und der alte Tarif bis zum 30. April verlängert wurde. Im 3. Punkt, Verschleudern, stellte Witzhammer den Antrag, eine Extraktur von 2 Mk. pro Mann zu erheben. Nach lebhafter Debatte wurde dieser Antrag mit Rücksicht auf unsern mäßigen Kassenstand einstimmig angenommen. Zum Schluß wurde unsern schreibenden Kassierer Kollegen Kaver Mühlbauer, welcher schon seit längerer Zeit von unsrer Firma in den dauernden Ruhestand versetzt wurde (natürlich ohne Gehalt), der Dank für seine langjährige Tätigkeit zum Ausdruck gebracht. Kollege Mühlbauer, welcher volle 6 Jahre die Stelle als Kassierer inne hatte, dankte für diese Ehre mit bewegten Worten. Es wurden die Kollegen erlust, in der nächsten Versammlung auch so zahlreich zu erscheinen und die neue Vorstandsfunktion in jeder Beziehung zu unterstützen.

Jena. Am 2. April tagte im Gewerkschaftshaus unsre Mitgliederversammlung. Der Vorsitzende gab die Tarifkündigung von Seiten der Unternehmer bekannt. Besremden gab es, daß die Firma Lehmann-Leipzig nicht dabei ist. Auf eine Anfrage nach den Gründen, und ob die Herren zur Unterhandlung bereit sind, ließen sie erkennen, daß sie uns einen Abschiedsbrief vorlegen wollen. In der Debatte wurde derselbe strikte abgelehnt und am Stundenlohn festgehalten. Einige Redner meinten, es sei mit sofortiger Arbeitsniederlegung zu antworten. Dem wurde vom Vorsitzenden widersprochen. Auch wurden verschiedene Meinungen der Unternehmer bekannt, u. a.: Wir lassen uns nicht binden; unterschreiben tun wir auf keinen Fall mehr; wir lassen uns nicht knechten. Ueber die Herren sei an dieser Stelle gesagt, daß auch wir uns von den Unternehmern nicht knechten lassen und Verschleierungen mit Hilfe des Verbandes entschieden abzuwehren wissen. Es wurde eine Kommission bestimmt, um Unterhandlungen einzuleiten. An uns soll

eine Einigung nicht scheitern. Des weiteren wurde beschlossen, dem 1. Mai durch vollständige Arbeitsruhe zu feiern. Vor Abendung dieses Berichts ging der in Aussicht gestellte Akkordtarif ein. Derselbe verdient, etwas veröffentlicht zu werden. Er enthält ganze 13 Positionen, und zwar 5 für Sockel und 4 für Stufen, 3 für Bösen und 1 für Mauersteine. Die Zahl 13 ist bekanntlich eine Unglückszahl. Bei Tagelohn wird die Stunde mit 65 Pfg. berechnet. Bei Profilarbeiten ist der Lohn zu vereinbaren. Gehalt wird gestellt, doch werden 50 Pfg. pro Woche in Abzug gebracht. Bemerkenswert ist noch, daß in diesem Tarif Lehmann mit unterzeichnet ist, hingegen die Firma Günther, welche bei der Kündigung dabei war, nicht. Weiterer Kommentar überflüssig.

Kiel. Unsrer am 2. April stattgefundenen Mitgliederversammlung beschäftigte sich in eingehender Weise mit unsern nächsten Verbandstage. Auch wir hoffen, daß dieser Verbandstag unsrer Organisation eine Quelle neuer Kraft und neuen Gelebens werde und daß aus diesen Beratungen und Beschlüssen der Zentralverband neu gestiftet nach innen sowohl wie nach außen hervorgehen wird. Trotz dieser Ueberzeugung sind die Kieler Kollegen nicht gerade sehr optimistisch im Punkt ihrer Zahlstelle. Der letzte Streik mit seinen besonders unangenehmen Nebenwirkungen scheint beim Zentralverband das Bedürfnis hervorgerufen zu haben, als ob eine ganze Zahlstelle für das Vergehen einiger Mitglieder systematisch zurückgesetzt werden müßte. Die Wahlkreiseinteilung im 1. und 2. Wahlkreis verfiel gegen das Statut. Während im 1. Wahlkreis 514 Mitglieder einen Delegierten wählen, haben 256 Kollegen des zweiten Wahlkreises daselbe Recht. Also während hier die Interessen und Wünsche einer kleinen Gruppe eine Vertretung ermöglichen, bedarf es im ersten Wahlkreis genau der doppelten Anzahl von Mitgliedern, um erst eben daselbe Recht zu erhalten. Aber der Grund liegt tiefer, denn es fehlen im zweiten Wahlkreise die Zahlstellen Lübeck und Kiel, die im Jahre 1910 dazu gehörten, auch schon mit Rücksicht auf die Branchen. Einen von anderer Seite vor der Bekanntmachung gemachten Vorschlag, die Wahlkreiseinteilung im 6. Gau betreffend, hat der Zentralvorstand abgelehnt. Die Versammlung beschloß, vor dem Verbandstage dem Delegierten des 20. Wahlkreises die Wünsche der Zahlstelle Kiel persönlich zu übermitteln. Die Konjunktur ist hier immer noch als sehr ungünstig zu bezeichnen. Der Konkurs der Firma Köhler ist noch nicht erledigt, wir glauben wohl, daß dieser Herr vom vorigen Jahre nicht gerade mit Wohlgefallen wieder an einen 13wöchigen Streik denken wird, besonders wo sich seine damaligen Günstlinge als außerordentlich interessierte Mitteilhaber am Arbeitsverdienst entpuppt haben sollen. Eine längere Debatte entstand noch über unsern Versammlungsbesuch, es sind immer dieselben Kollegen, die hier erscheinen. Ein Antrag, der besagt, daß in Zukunft jedes Mitglied, das zwei Monatsversammlungen hintereinander ohne Entschuldigungsgrund versummt hat, für die nächsten sechs Monate seinen Anspruch auf die örtlichen Unterstützungen verliert, wurde einstimmig angenommen. Diese Bestimmung tritt mit dem 1. Mai in Kraft.

Kirchberg. Am 24. März tagte im Deutschen Hause unsre Versammlung. Nachdem der Vorsitzende sein lebhaftes Bedauern über den geringen Besuch ausgesprochen hatte, gab er Kollegen Hermann Fahr das Wort zum Bericht über die Gaukonferenz. Der Bericht wurde sehr beifällig aufgenommen. Eine Diskussion wurde hierüber nicht beliebt. Zu Punkt 2 nahm Kollege Gustav Weller das Wort. Vom Kartellbericht wurden die Punkte Sammelstellen und Grenzstreitigkeiten lebhaft besprochen. Von einigen Rednern wurde das schädliche Verhalten geäußert, welches viele Kollegen an den Tag legten. Für allen möglichen Klambim gibt es stets Geld. Wenn aber die bedrängten Kollegen um Hilfe rufen, wird mit jedem Pfennig getrauert. Weiter wurde beschlossen, einen Referenten über das Thema Arbeiterrecht für die nächste Versammlung, welche im Deutschen Hause stattfinden soll, zu engagieren. Der Antrag, in nächster Zeit Wanderversammlungen abzuhalten, wird angenommen. Zu Punkt 3 wurde der Vorsitzende, Max Georgi, als Kandidat zum Verbandstag aufgestellt.

Lüdenscheid. Unsrer Versammlung tagte am 2. April. Punkt 1 betraf Quartalsabrechnung. Die Gesamteinnahme betrug 934 Mark, die Gesamtausgabe 330,31 Mark, bleibt ein Kassenbestand von 603,69 Mark. Die Revisoren fanden Kasse und Bücher in tadelloser Ordnung. Als Kandidat zum Verbandstag wurde Kollege Simplicius Kappelrodt aufgestellt. Im Punkt Verschleudern wurde das mangelhafte Ausfüllen der Statistik betont und der Vorsitzende stellte den Antrag, bei jeder Versammlung die Statistik mitzubringen, damit darüber eine Kontrolle stattfinden kann. Eine große Debatte entstand über das Verhalten der Kollegen, die von hier nach Deggeln gereist sind und sich dort als Arbeitswillige hergaben, indem sie wußten, daß mit Minder Unterhandlungen schwebten. Letztere sind nun jetzt durch diese traurigen Elemente gescheitert. Auch hat sich Minder geäußert, er bekomme Arbeiter genug aus Ungarn, die billiger arbeiten wie wir bisher. Nun, wir wünschen ihm Glück dazu. Drei Mann ließen sich dann in den Verband aufnehmen.

Münberg. Seit längerer Zeit schon kämpfen die hiesigen Kollegen gegen die Zwischenunternehmer an. Nach meiner Meinung ist diese Angelegenheit, unter der wir heute alle zu leiden haben, von früher her außer acht gelassen worden. Wie liegen nun die Dinge? Diese Unternehmer sind, sobald in irgendeinem Winkel Münbergs Grund ausgehoben wird, auf der Baustelle, um mit dem Baumeister über etwa anzubringende Sandsteinarbeiten zu unterhandeln. Wenn man nun bedenkt, daß es hier 15 bis 16 bezartete Geschäft: gibt, so kann man sich die kolossalen Preisschwankungen vorstellen. Ist es doch schon vorgekommen und kommt fast täglich noch vor, daß der Unterschied zwischen Höchst- und Niedrigstforderung 50 bis 60 Prozent und noch mehr beträgt. Die Baumeister übertragen die Ausführung der Sandsteinarbeiten diesen Zwischenmeistern in erster Linie deshalb, um mit den Steinmehren in bezug auf die Beaufsichtigung während der Arbeit nichts zu tun zu haben und doch noch etwas mehr zu verdienen, als wenn sie die Arbeit selbst ausführen ließen. Schuttschütten aufzustellen, läßt die Zwischenunternehmer vorläufig ganz kalt, wissen sie doch, daß die Bauaufseher Exekutivgewalt nicht haben. Es ist traurig genug, daß in der Großstadt Münberg noch solch miserable Zustände herrschen. Die Kollegen täten gut, mit ihrer Arbeitskraft etwas hausfälliger umzugehen. Dieses Zwischenmeisterystem ist hier für die Steinmehren ein großer Schaden.

Polen. Am 3. April tagte unsre Mitgliederversammlung. Der Hauptpunkt war die Besprechung der Lohnbewegung, denn die Differenzen mit den Unternehmern beginnen ernst zu werden. Die beiden Lohnkommissionen sind in ihren Verhandlungen zu keinem abschließenden Resultat gekommen. Die Kollegen konnten unmöglich auf die Vorschläge der Unternehmer eingehen. Da nun der Ablaufstermin des alten Tarifs überschritten ist, haben sich die Kollegen bei mehreren Firmen genötigt gesehen, die Arbeit niederzulegen. Wir hoffen aber, die Unternehmer in kurzer Zeit zur Unterschrift unsrer Forderungen zu bewegen. Verschleudene Tatsachen haben uns genötigt, für Kollegen Wübbe sofort einen neuen Vorsitzenden zu wählen. Es wurde Kollege Schircht gewählt, welcher das Amt auch annahm. Dann wurde der Antrag gestellt, den Kollegen Wübbe seiner Vergehen wegen als Mitglied zu streichen. Die Führung des Streiks und die Kontrolle der Streikenden liegt in den Händen der Vorstandsmittelglieder. Es besteht die Aussicht, unsre Sache bald zum Siege zu führen. Da sich die Bewegung in ganz kurzer Zeit wesentlich geändert hat, fand am 5. April wieder eine Versammlung statt. Zu Beginn derselben gab der Vorsitzende Schircht bekannt, daß der größte Teil der Unternehmer doch andern Sinnes geworden und gewillt ist, unsern Forderungen zuzustimmen. Die Kollegen freuten sich über den Erfolg unsrer energischen Vorgehens. Darauf folgten einige Wahlen. Als Revisor und gleichzeitig als Kartelldelegierter wurde Kollege Kowalski gewählt. Im Punkt Verschleudern verurteilte Kollege Wübbe seine Handlungsweise zu entschuldigen. Das gelang ihm aber nicht. Dann wurde der Antrag gestellt, den Kollegen, die sich des Streiks besonders angenommen haben, eine

Einschätzung zu gewähren. Dem Kollegen Reichardt, der durch die Berufskrankheit an seinem Erwerb gehindert ist, wird aus der Kasse die Summe von 20 M. bewilligt. Außerdem soll für diesen Kollegen eine Sammelleiste zur Verfügung stehen. Der Erfolg unserer Lohnbewegung hat das Vertrauen der Kollegen zur Organisation gestärkt. Die jetzige Stimmung der Kollegen bürgt für ein Emporblühen der Zahlstelle. Die der Organisation noch fernstehenden Steinarbeiter hier in Posen hoffen wir zu gewinnen.

Kölnfeld. Die am 31. März stattgefundene Versammlung beschäftigte sich mit den Zuständen auf den verschiedenen Werplätzen. Es kam dabei zum Ausdruck, daß in der frivolen Weise der Tarifumgängen wird. Nun wissen wir ja allerdings, daß Tarifabmachungen auf Treu und Glauben der beiden Tarifkontrahenten, Unternehmer und Arbeiter, abgeschlossen werden. In der ungenügendsten Weise erklären verschiedene Unternehmer, nicht nach Tarif zu bezahlen. Ganz besonders lassen es sich die Firmen Hüttich, Winterhelt und Walz angelegen sein, den Tarif zu umgehen. Wo bleibt da das Gerechtigkeitsgefühl? Da sage noch einer von Arbeiterfreundlichkeit der Unternehmer! So bietet die Firma Söller-Freundberg den Kollegen Arbeiten an, mit der Klausel, wenn ihr die Arbeit für drei Mark machen wollt, kriegt ihr sie, andernfalls kommt sie dahin, wo sie gemacht wird, für diesen Preis. Die Quaderarbeiten berechnen sich nach Tarif auf 3,60 Mark. Da hatten auch Paters, die in der Nachbargemeinde Trennfurt Exerzitten hielten, die Güte — von Unzufriedenen und Högern zu reden, die das Volk vom rechten Weg abbringen wollen. Es wäre besser, wenn den Unternehmern etwas mehr Gerechtigkeit beigebracht würde.

Noth am Sand. Welcher Arbeitsvertrag mit einer schlecht organisierten Arbeiterschaft zustande kommt, zeigt der vom Steinmeißer Neupert ausgearbeitete und den Arbeitern aufgedrängte Lohnvertrag. Die Steinarbeiter von Noth stehen in einer Lohnbewegung und haben deshalb ihre Forderungen an die Firmen eingereicht. Herr Neupert, der selbst noch vor kurzer Zeit den Schlegel schwingen mußte, will aber unbedingt nichts zugeben, weshalb er den Arbeitern sofort einen Lohnvertrag vorlegte, und der auch leider unterschrieben wurde. Hierin ist enthalten, daß kein Arbeiter innerhalb drei Jahren mehr Lohn bekommt, auch sonst sind Punkte darin enthalten, die aller Beschreibung spotten. Man sollte es nicht für möglich halten, daß ein Arbeitgeber, der selber, als er noch Arbeiter war, einer der Unzufriedensten war, jetzt auf einmal mit einer derartigen Raffinerie auftritt. Die Löhne für Steinmehren betragen 30—43 Pfg., für Schleifer 22—34 Pfg. pro Stunde, und solche Löhne erklären diese Herren für ausreichend. Den Kollegen aber, welche noch auf Arbeiterehre halten, rufen wir zu, persönlichen Haberdreibe zu lassen und mehr die Berufsorganisation auszubauen. Zugereifte Kollegen möchten sich, bevor sie um Arbeit nachsuchen, bei der Ortsverwaltung melden.

Springe. Am 31. März tagte hier selbst im Deutschen Haus eine gut besuchte Mitgliederversammlung. Kollege Biewig referierte über Zweck und Ziele der Organisation. Biewig verstand es so recht, den zahlreich erschienenen Kollegen den Zweck der Organisation vor Augen zu führen. Am Schluß seiner Ausführungen besprach Biewig nochmals den Wert der Organisation und die Haltung der christlichen Gewerkschaften gelegentlich des Bergarbeiterstreiks. Die Ausführungen fanden den lebhaften Beifall der Kollegen. Beim Punkt Neuwahl eines Vorsitzenden wurde Kollege Eich einstimmig gewählt. Nachdem noch mehrere Punkte der Zahlstelle erledigt waren, wurde Stellung zum Verbandstag genommen. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende die Kollegen, in jeder Versammlung so zahlreich zu erscheinen und auch immer so lebhaft zu debattieren.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Der Steinmeh Christ in Heilbronn wurde wegen unsolidarischen Verhaltens aus dem Verbands ausgeschlossen.

Rundschau.

Große Ausgaben für Straßenpflasterungen sieht der Etat der Stadt Magdeburg für dieses Jahr vor. Für Neupflasterungen, Straßenbeseitigungen, Asphaltierungen in der Altstadt sind 736 000 Mark in den Etat eingestellt. Für Südenburg sollen 74 800 M. aufgewendet werden. Die Asphaltierung des Jahrdammes und Pflasterung des westlichen Bürgersteigs der Helmstedter Straße von der Lutherstraße bis zur Ambsdorferstraße ist mit 17 000 M. veranschlagt. Für die Halberstädter Straße, Fortsetzung der Pflasterung des Jahrdammes auf der Nordseite von der Kottersdorfer Straße bis auf rund 500 Meter, sind 40 000 M. eingestellt. In der Wilhelmstadt soll die Emilienstraße von der Großen Diesdorfer Straße bis zum Schrotebett neu gepflastert werden mit einem Kostenaufwand von 25 000 M. Für die Neustadt sind Straßenarbeiten in Aussicht genommen, die insgesamt 132 000 M. kosten sollen. Für die Neupflasterung der Süder Straße vom Nikolaiplatz bis zur Kastanienstraße sind 53 000 M. eingestellt. Budau belastet den Etat mit 26 700 M. Für Rothensee sind 16 300 M., Fernersleben 18 800 M., Salbke 13 900 M., Westerhüsen 6 400 M., Vemsdorf 10 700 M., Gracau 2300 M., Prefter 12 000 M. eingestellt. Zum Kanalisationsfonds werden 60 000 M. gefordert, für Unterhaltung der Straßen insgesamt 180 000 M. Der Gesamtetat schließt mit 1 333 350 M. ab; im Rechnungsjahr 1911 betrug die Endsumme 1 064 600 M.

Der Steinindustrie werden somit wieder große Aufträge. Als Hauptlieferanten kommen wohl die Steinbruchbesitzer in Gommern in Frage. Unsererseits ist sofort das nötige veranlaßt worden, daß bei der Vergabe nur tariffreie Pflastersteinwerke in Frage kommen.

20 000 Quadratmeter Pflastersteine wurden kürzlich in Karlsruhe vergeben. Nachstehende Firmen wurden dabei berücksichtigt: Sven Wigfors, Granitwerke Sveden, A. O. Sandberg in Göttingen (Schweden), Granitwerke Seebach, Alois Driner in Eidenburg (Wiesenthal), Granitwerke Hemsbach, Rühl, Reimuth u. Cie. und Süddeutsche Granitwerke Kamborn. Die Lieferung von Granitbordsteinen für Straßeneinbauten wurde an die Firmen Peter Contini in Bühlertal und C. Kiederle in Bühl gegeben.

Die Pflastersteineinfuhr betrug in den Monaten Januar und Februar 202000 dz, gegenüber 329149 dz in den gleichen Monaten des Vorjahres. Der Unternehmerjächpreffe wird es kein Vergnügen bereiten, wenn sie solche Ziffern veröffentlichen muß. — In unserer Denkschrift: Warum schließen die Hartsteinindustriellen den Tarifverträge ab? wird auch verlangt, daß bei der Uebertragung der Arbeiten in erster Linie deutsches Gestein verwendet werden soll.

Auf der internationalen Hausausstellung zu Leipzig im Jahre 1913 wird die Granitwerkzeug-Industrie erfreulicherweise sehr stark vertreten sein. Der Verband deutscher Granitwerke (Sitz Karlsruhe) hat nämlich zu Ausstellungszwecken 1000 qm Fläche gemietet. Wir hoffen, daß diese Ausstellung für die Schleifereibranche als ein gut gelungener Coup bezeichnet werden kann.

Günstige Dividenden-Ausschüttung. Die Bayerische Basaltstein-A.-G. verteilt für 1911 12 Prozent Dividende. Die Bayerische Granit-A.-G. eine solche von 7 Prozent und die Linger Basalt-A.-G. eine solche von 6 Prozent.

Kampfvorbereitungen der Bauunternehmer. Im Frühjahr 1913 laufen im Baugewerbe die 1910 abgeschlossenen Tarifverträge ab. Die Unternehmer im deutschen Baugewerbe haben sich verbunden und die weitest meisten und wichtigsten Tarife bis zum 31. März 1913 abgeschlossen. Der Zweck dieser Maßregel ist offen ausgesprochen: Man will bei dem gleichzeitigen Ablauf der Tarifverträge die Gewerkschaften des Baugewerbes in eine Lage drängen, in der sie nach der Meinung der Unternehmer nicht imstande sind, die Aufrechterhaltung und Verbesserung der Tarifverträge durchzusetzen. Daß das ein schweres Stück Arbeit ist, wissen natürlich die Unternehmer, und darum rüsten sie geradezu fieberhaft. Der berüchtigte Behrstock stellt ihr oberstes Kampfmittel dar; zu ihm müssen ja bekanntlich auch die Lieferanten der Bauunternehmer zwangsweise

Neuern. Aber diese und andre Maßregeln genügen den Scharfmachern im Baugewerbe noch nicht, und so finnen sie auf weitere Kampfmittel. Das neueste unter diesen ist die Aufnahme einer Klausel in allen von jetzt ab abzuschließenden Tarifverträgen, wonach Streiks oder Aussperrungen die Verlängerung aller Fristen im Lieferungsvertrage zur Folge haben. Dadurch hoffen die Scharfmacher, wie aus einem Zirkular hervorgeht, daß der Vorstand des Verbandes der Leipziger Bauarbeiter (unterzeichnet vom Vorsitzenden) an die Mitglieder verfenbet, „daß die Arbeitsniederlegungen in der Folge unterbleiben werden, wenn die Führer wissen, daß dem Arbeitgeber die Frist der Fertigstellung um die Dauer der Arbeitsniederlegung verlängert wird“. Auch ein gewisser Terrorismus fehlt in dem Zirkular nicht; denn alle Angebote, in welchen der angeordnete Vorbehalt fehlt, sollen als unzulässiger Wettbewerb angesehen werden.

Diese Sprache ist deutlich genug. Der Vorstand des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, dessen Vorsitzender der übrigens stramm konservative Herr Enke ist, ergriff jebe Maßregel, die ihm in seinem Kampfe gegen die organisierte Arbeiterschaft geeignet erscheint. Müste also auch die Arbeiterschaft mit Energie und Ausdauer, um den unvermeidlich kommenden Kämpfen mit Zuversicht entgegenzusehen zu können.

Sichere Rechner. Die Eisenbahndirektion Essen schrieb zirka 4000 Tonnen Pflastersteine aus. Es forderten:

Dantel Adolfs, Essen	47 000 M.
Wihl. Weidemann, Essen	52 000 "
Karl Schlitt, Breidenfeld	54 000 "
Gew. Lindlar, Siegen	58 000 "
Lambacher Werke	60 000 "
Eduard Müller, Bielefeld	62 000 "
Bergisch-Märkische Steinindustrie, Ving. a. Rh.	62 800 "
Grauwackebrüche, Summersbach	65 000 "
Hermann Phoeft, Köln	65 000 "

Wir finden es unbegreiflich, daß bei einer gewöhnlichen Pflastersteinlieferung eine so ungeheure Preisschwankung zu verzeichnen sein kann. Wenn die Pflastersteinmacher pro Quadratmeter 10 bis 20 Pfg. mehr Lohn haben wollen, dann werden unternehmerseits immer Konkurrenzrücksichten vorgeschützt. Es wäre besser, wenn die Herren sich über die Schmutzkonkurrenz aufregen möchten.

Der hält die Gelben aus? Müßige Frage, und doch stets von Interesse. Man kennt die verschiedenen Konten in den Büchern des Unternehmertums, die Kunde geben von den diversen hundert und tausend Märkern für die geliebte gelbe Sumpfpflanze. Einen neuen Beweis dafür liefert wieder ein vertrauliches Schreiben, das unserm Bruderblatt, der Volkszeitung für das Rheinland, aus Burgen bei Leipzig auf den Tisch flog, wo die Unternehmer einen gelben Verein ins Leben gerufen haben. Das Schreiben lautet:

Vertraulich! 19. 3. 12.

Wie aus der Beilage ersichtlich, ist der Verein begründet, und damit die von der Sozialdemokratie etwas bedrängten Mitglieder Mut empfinden, habe ich der Burzner Bank für den Verein 2000 M. zur Sicherung der Unterstützungsgelder und 1000 " für den Sekretärgelalt, 3000 " abschläglic auf unsere Beitragsleistungen überweisen lassen.

D. B. J. B. C. J.
D. B.

Das geheimnisvolle Signum kann gedeutet werden: Ortsverwaltung Burgen des Verbandes Sächsischer Industrieller. Der Vorstand. Ob das stimmt, können wir nicht sagen, aber dem Wesen dieser Organisation würde es vollkommen entsprechen, wenn die Gelben harte Taler aus dem Geldsind der sächsischen Industriellen erhalten. Aber es ist gleichgültig, ob das Geld von einem Verband oder einem einzelnen Unternehmer kommt; die Tatsache, daß Unternehmergeld in die weiten Taschen der Gelben fließt, wird von neuem bestätigt.

Der Streikbruch in Permang. Am letzten Sonntag sprach der Angestellte Köppler vom Bergarbeiterverband in einer Versammlung in Pöfingen, wobei es zu einer heftigen Diskussion zwischen ihm und den beiden christlichen Streikbruchsekretären Weise und Engel aus Bochum kam. Beide gaben in der Versammlung zu, während des Streiks Arbeitswillige von und zur Erde bealitet zu haben. Besonders ist ein Geständnis, daß der Sekretär Engel vom christlichen Metallarbeiterverband machte, wert, für alle Zeiten festgehalten zu werden. Engel führte in des Diskussion aus:

Auf diesem Boden, wo wir jetzt stehen, mögen Kämpfe kommen, von wo sie wollen, bleiben wir stehen. Als Köppler entgegenete, gab dieser zunächst die Richtigkeit des zitierten Satzes zu. Köppler erklärte dann: Damit haben Sie, Herr Engel, zugegeben, daß sich die christlichen Gewerkschaften dem Willen der katholischen Fachabteilungen unterworfen haben und für die Zukunft überhaupt gewillt sind, Streikbruch zu begehen. Diese Erklärung hat Herr Engel durch den Zuruf: „Sehr richtig!“ sofort unterstrichen. Köppler hat die ganze Versammlung und den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftssekretär Lange sofort als Zeugen dieses Vorganges angerufen. Damit sind einwandfrei die Ziele der „christlichen“ Gewerkschaften festgestellt. Der Streikbruch ist die allgemeine christliche Gewerkschaftsparole nicht nur für den Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter, sondern für sämtliche christliche Gewerkschaften.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Demig. Die Vertrauensleute werden ersucht, mir die Adresse der Kollegen Max Vornehm, geb. am 3. Mai 1887 in Wolfstein (Buch-Nr. 107076), und Paul Volkert, geb. am 16. Mai 1864 in Wilschütz (Buch-Nr. 4308), anzugeben. Diesen Kollegen gegenüber ist Vorlicht zu üben. Paul Beyer, Vorsitzender.

Grünsfeld. Die Reiseunterstützung zählt von nun an nicht mehr der Kaffierer, sondern Kollege Georg Barthel aus. Die Ortsverwaltung. J. A.: Georg Schäffer.

Löwenberg-Plagwitz. Die Reiseunterstützung wird während der Woche im Bruch Plagwitz, Sonn- und Feiertags von 11—12 Uhr in Löwenberg, Goldberger Straße 161, III., ausgezahlt. A. Seifert, Kaffierer.

Nürnberg. Die Kollegen werden dringend ersucht, den Arbeitsnachweis für das Baugewerbe (der Unternehmer), Fabrikstr. 5, unbedingt zu meiden. Die Ortsverwaltung.

Kottenbauer. Der Steinmeh Friedr. Gernert soll der hiesigen Zahlstelle gegenüber seinen Verpflichtungen nachkommen. Die Ortsverwaltung.

Ulm. Ersuche die Vertrauensleute, mir die Adresse des Kollegen Wihl. Ermisch, geb. am 5. April 1893 in Elbing, zukommen zu lassen. Gottlob Ulmer, Münsterplatz 30, V.

Beglar. Ersuche die Vertrauensleute allerorts, mir die Adresse des Kollegen Gustav Schneider angeben zu wollen. Es handelt sich um eine örtliche Angelegenheit. Wilhelm Herbel, Vorsitzender.

Adressen-Änderungen.

- Bremen. Vorf.: Emil Kochenke, Wartburgstraße 100-111, II (Arbeiterturnhalle).
- Hannenburg. Vorf.: Karl Ott. Kass.: Ernst Schlapp.
- Mannheim. Vorf.: Fern. Frey, Spelzenstraße 19 (nur bis 1. Mai).
- Kronach. Vorf.: Joh. Bülling, Höfles. Kass.: Joh. Müller, Albern.
- Reg. Vorf.: Oswald Kirsten, Devant les Ponts, Moselweg 226 A.
- Pforzheim. Kass.: Gottlob Nyasse.
- Kölnfeld. Vorf.: Anton Michel.
- Ströbel. Vorf.: Julius Köhnelt.
- Ulm. Kass.: Gottlob Ulmer, Münsterplatz 30, V.

Briefkasten.

Budau. Momentan aus geschäftlichen Dispositionen unmöglich. Vielleicht hat Kollege Jahn Zeit. — D. Ist in das Ermessen des Gerichts gestellt. Gefühlsargumente nützen wenig. — Lauff. Ganz unserer Meinung. Die Drucklegung geschieht sofort. Besten Gruß. — E. Zum Zentralbahnhof in Leipzig kam Postler Sandstein zur Vernehmung. Als Erbauer kommen in Frage die bekannten Architekten Kühne und Kossow. — G. Davon ist der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft in Charlottenburg, Bleibtreustraße 14, ungesäumt Mitteilung zu machen.

Zur Beachtung!

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.

BERLIN Anzeigen

Berlin.

Freitag, den 19. April, abends 8 Uhr

Kombinierte Versammlung

im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15. Tagesordnung: 1. Vierteljahrsbericht; 2. Wahl der Delegierten zum Verbandstag; 3. Stellungnahme zur Waiseier. Die Kollegen werden ersucht, vorher Betriebsbesprechungen (Budenrechte) abzuhalten und zur Waiseier Stellung zu nehmen. In der Versammlung darf kein Kollege fehlen. Pünktliches Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung.

Schürzen

Hausmacherleinen, 100 und 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jacketts, Leder- und Waffeln-Rosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung Eigene Anfertigung. Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Die besten Arbeiter-

Hosen, Westen, Jacketts, blaue Jacken, Unterhosen, Pelzerinnen, Lodenjoppen, Kindermäntel und Ulster, Stoffanzüge nach Maass, erhalten Sie in der Kleiderfabrik von Ernst Wünsche in Neugersdorf (Sachsen) 19. Fabrik-Niederlage Oberkauffung a. d. Katzbach. Vertreter Paul Derrlinger, Gräben b. Striegau Nr. 25. Garantie für tadellosen Sitz. Billigste Preise.

Turmrose aus Basaltlava

in gothischem Stil, aus einem Stück gearbeitet, 1,10 m im Durchmesser, lichte Weite 0,22 m, 0,22 m stark, prämiert mit der goldenen Medaille, ist preiswert zu verkaufen. Gebr. Kenser, Wahren (Rheinland), Pöcherstr. 51.

Einige Maschinenschleifer

auf Granit sofort gesucht. Hamelner Granitwert Hainzer & Co., G. m. b. H., Hameln.

Mehrere Steinmehzen

somit für dauernde Beschäftigung gesucht. J. H. Deeke & Wille, Grabsteingeschäft Osternburg bei Oldenburg i. Gr.

Tüchtige Steinmehzen u. Pflastersteinarbeiter

werden eingestellt. Steinbruch Knaupholz bei Schierke (Harz) Bahnstation Drei-Annen-Station.

Tüchtiger Steinmeh

für Kunststeinbearbeitung, hauptsächlich scharrieren, für dauernd gesucht. Franz Bräger, Kolberg.

Tüchtige Marmorhauer

zu baldigem Eintritt. Lohn nach Tarif. Steinindustrie Schachenmühle Strassburg-Neudorf (Elsaß).

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.) In Berlin am 30. März der Kollege Friedrich Arno Müller, 38 Jahre alt, an der Berufskrankheit. In Bunzlau am 1. April der Kollege Hermann Münch, 47 Jahre alt, an der Berufskrankheit. In Großheubach am 2. April der Kollege Ambrosius Kempf, 37 Jahre alt, an der Berufskrankheit. In München am 2. April der Kollege Matthias Meindl, 37 Jahre alt, an Gehirnschlag. In Schladitz am 29. März der Kollege Friedrich Hermann Knauth, 56 Jahre alt, an Bronchitis. Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Wahlkreis-Einteilung.

Im nachstehenden geben wir die Wahlkreiseinteilung zum Münchener Verbandstag nochmals bekannt:

1. Wahlkreis: Berlin. 2 Delegierte.
2. Wahlkreis: Brandenburg, Böhlow, Frankfurt a. O., Königsberg, Posen, Hofod, Stettin, Wolgast. 1 Delegierten.
3. Wahlkreis: Barthau I und II. Bunzlau, Deutmannsdorf, Godenau, Kahn, Plegnitz, Löwenberg, Wenig-Radwitz. 1 Delegierten.
4. Wahlkreis: Beuthen, Breslau, Dürrarnsdorf, Mittelsteine, Nüders, Waldenburg, Wünschelburg. 1 Delegierten.
5. Wahlkreis: Strehlen. 1 Delegierten.
6. Wahlkreis: Häslich. 1 Delegierten.
7. Wahlkreis: Striegau. 3 Delegierte.
8. Wahlkreis: Herzdorf, Jannowitz, Oberpeilau, Ströbel. 1 Delegierten.
9. Wahlkreis: Arnsdorf, Görlitz, Rauban, Sebnitz. 1 Delegierten.
10. Wahlkreis: Bautzen, Häslich, Kindisch. 1 Delegierten.
11. Wahlkreis: Bischofswerda, Cunewalde, Ebersbach, Hauswalde. 1 Delegierten.
12. Wahlkreis: Demitz-Thumitz. 2 Delegierte.
13. Wahlkreis: Löbau. 1 Delegierten.
14. Wahlkreis: Kamenz, Königsbrunn, Mittweida. 1 Delegierten.
15. Wahlkreis: Dresden-Prina. 4 Delegierte.
16. Wahlkreis: Aue, Chemnitz, Oberlungwitz, Zöblitz, Greiz, Plauen, Aue, Wechselburg, Zwidau, Hohenleuben. 1 Delegierten.
17. Wahlkreis: Kirchberg, Treuen, Meissen I und II. 1 Delegierten.
18. Wahlkreis: Malsleben, Dessau, Halle, Köpenick. 1 Delegierten.
19. Wahlkreis: Wurzen, Döbeln. 1 Delegierten.
20. Wahlkreis: Radeburg, Falkenhain. 1 Delegierten.
21. Wahlkreis: Veitshausen. 1 Delegierten.
22. Wahlkreis: Grimma, Gera, Froburg. 1 Delegierten.
23. Wahlkreis: Leipzig, Naumburg, Neuba, Jena, Ehringsdorf, Rudolstadt, Gohma, Saalburg, Arnstadt. 1 Delegierten.
24. Wahlkreis: Erasmintal, Eichenach, Erfurt, Gotha, Langensalza, Mühlhausen, Oberdorf, Schmalkalden. 1 Delegierten.
25. Wahlkreis: Aue. 1 Delegierten.
26. Wahlkreis: Dornberg-Weimar. 1 Delegierten.
27. Wahlkreis: Ebersdorf, Gommern, Königs-Lutter, Magdeburg. 2 Delegierte.
28. Wahlkreis: Aassel, Hoop, Einbeck, Carlshafen, Eiterhagen, Haffelrode, Verbach, Wellerode, Westerohe, Wildemann, Wolfshagen. 1 Delegierten.
29. Wahlkreis: Hamburg I und II, Kiel, Lübeck, Lüneburg. 1 Delegierten.
30. Wahlkreis: Bremen, Hannover, Herford, Porta, Oldenburg, Osterholz, Lembrück, Wulsdorf. 1 Delegierten.
31. Wahlkreis: Braunschweig, Bremke, Blankenburg, Eschershausen, Göttingen, Hildesheim, Kelbra, Halberstadt, Hohenberg, Langelshausen, Lutter, Regenborn, Osterwald, Reiffenhausen, Springe, Ujnen. 1 Delegierten.
32. Wahlkreis: Bochum, Blombacherbach, Dortmund, Gelsenkirchen, Herbede, Kupferdreh, Mülheim, Münster, Sprockhövel, Schüren, Witten, Willkrath. 1 Delegierten.
33. Wahlkreis: Arefeld, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Elberfeld, Neumied. 1 Delegierten.
34. Wahlkreis: Bede, Brück, Bonn, Köln I und II, Zinshain. 1 Delegierten.
35. Wahlkreis: Kottenheim, Rayen, Niedermendig, Obermendig, Koblenz, Trier. 1 Delegierten.
36. Wahlkreis: Alendorf, Balduinstein, Kesselbach, Ortenberg, Schupbach, Wehlar, Frankfurt a. M., Offenbach, Buchenau. 1 Delegierten.
37. Wahlkreis: Breitenborn, Höchst a. M., Höchst i. D., Mainz, Obermerlen, Reinsheim, Wiesbaden. 1 Delegierten.
38. Wahlkreis: Bensheim, Darmstadt, Hemsbach, Heppenheim, Kirchhain, Reichenbach, Zwingenberg. 1 Delegierten.
39. Wahlkreis: Altleiningen, Dürkheim, Eberbach, Heidelberg, Ludwigshafen, Mannheim, Neustadt, Rimbach, Speyer, Worms, Medard. 1 Delegierten.
40. Wahlkreis: Alsenz, Kaiserslautern, Kreuznach, Mes, Oberstein, Birnmasens, Rammelsbach, St. Johann, Zwerbrücken. 1 Delegierten.
41. Wahlkreis: Kolmar, Mühlhausen i. E., Straßburg. 1 Delegierten.
42. Wahlkreis: Andlau, Geweiler, Gerschwelher, Deßeln, Erstein, Haguenau, Madweiler, Rolsberg, Rütchenbach, Rappeltrode, Triberg, Seebach, Neufas. 1 Delegierten.
43. Wahlkreis: Emmendingen, Freiburg, Karlsruhe, Konstanz, Lahr, Offenburg, Stutgart. 1 Delegierten.
44. Wahlkreis: Perdingen, Rimbach, Maulbronn, Lengenfeld, Pforzheim, Sternfels, Sulzfeld. 1 Delegierten.
45. Wahlkreis: Heilbronn, Crailsheim, Neuenstein, Göppingen, Nellingen, Hall, Ulm, Rieden. 1 Delegierten.
46. Wahlkreis: Aunkirchen, Fürstentum, Gauzenberg, Büchelberg, Neuhaus. 1 Delegierten.

47. Wahlkreis: Blaubeurg, Ebnstetten, Metten, Rattenberg, Rindnach, Ruhmannsfelden. 1 Delegierten.
48. Wahlkreis: Augsburg, Floss, Flossenbürg, Gagerberg, Kelheim, Nordendorf, Regensburg, Rottbach. 1 Delegierten.
49. Wahlkreis: Aibling, Brudmühl, Kieferfelden, München. 1 Delegierten.
50. Wahlkreis: Kirchenlamitz, Pilgramsreuth, Weissenstadt. 1 Delegierten.
51. Wahlkreis: Bayreuth, Bernau, Gefrees, Darfkleuthen, Neuforg, Tröskau, Zell. 1 Delegierten.
52. Wahlkreis: Kaiserhammer, Münchberg, Niederlamitz, Selb, Zeußen. 1 Delegierten.
53. Wahlkreis: Bebergrün, Hof, Schwarzenbach, Selbitz, Sparned, Runsfeld. 1 Delegierten.
54. Wahlkreis: Langenfeld, Langenaltheim, Nürnberg, Roth a. S., Trenthlingen. 1 Delegierten.
55. Wahlkreis: Gohmannsdorf, Friedenhausen, Marktbreit, Nördlingen, Ochsenfurt, Rotherburg o. L., Schopfloch, Sommerhausen, Winterhausen. 1 Delegierten.
56. Wahlkreis: Eibelsbad, Güssenheim, Heibingsfeld, Randersacker, Nottenbauer, Würzburg. 1 Delegierten.
57. Wahlkreis: Grünsfeld, Kirchheim, Kleinrindersfeld. 1 Delegierten.
58. Wahlkreis: Amorbach, Burgstadt, Eichenbühl, Hardheim, Öpplingen, Großheubach, Gailbach, Kleinheubach, Miltenberg, Obernburg, Röllfeld, Wallbüren. 1 Delegierten.
59. Wahlkreis: Dietenhahn, Faulbach, Feschenbach, Heigenbrücken, Rembach, Neubrunn, Mondfeld, Urpfar, Reiffenhausen, Stadtprozelten, Kertheim. 1 Delegierten.
60. Wahlkreis: Bamberg, Eckartshausen, Jphosen, Kitzberg, Schraudenbach, Ziegelanger. 1 Delegierten.
61. Wahlkreis: Palenthal, Koburg, Kronach, Münnerstadt, Steinach. 1 Delegierten.

Der Verband bildet im ganzen 61 Wahlkreise, in welchen 60 Delegierte zu wählen sind. Bei der Einteilung sind die Gaugrenzen sowie die Zusammengehörigkeit der Orte nach Branchen, so weit es möglich war, berücksichtigt worden.

Wahlreglement.

Bei der Wahl der Vertreter zum Verbandstag in München ist folgendes zu beachten:

Wahlberechtigt sind nur diejenigen Kollegen, die ihr Verbandsbuch resp. Interimskarte in Ordnung haben.

Die Hauptwahlen sind in der Zeit vom 14. bis einschließlich den 21. April vorzunehmen.

Gewählt als Delegierter ist derjenige Kandidat, der mindestens eine Stimme mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.

Erhält kein Kandidat die absolute Mehrheit, so findet zwischen den zwei Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben, eine Stichwahl statt.

Die Stichwahlen sind in der Zeit vom 28. April bis einschließlich den 5. Mai vorzunehmen.

Gewählt ist derjenige, der die meisten gültigen Stimmen erhalten hat.

Die Wahlprotokolle für die Hauptwahlen müssen bis zum 22. April, die Wahlprotokolle für die Stichwahlen bis zum 6. Mai an den Zentralvorstand eingesandt sein. Wo die Wahlprotokolle später eingesandt werden, werden die Stimmen nicht mitgezählt, auch wenn die Wahl in der vorgeschriebenen Zeit stattgefunden hat.

In Wahlkreisen, wo zwei oder drei Delegierte zu wählen sind, sind so viel Namen auf den Stimmzettel zu schreiben, als Delegierte zu wählen sind.

Stimmzettel, die mehr Namen enthalten, als Delegierte zu wählen sind, müssen für ungültig erklärt werden.

Als Ersatzmann im Verhinderungsfalle eines Delegierten gilt derjenige, der nach den gewählten Delegierten die meisten Stimmen erhalten hat.

Die Wahl ist geheim und erfolgt mittels Stimmzettels.

Den Namen des Delegierten hat jeder Kollege selbst auf den Stimmzettel zu schreiben.

Um eine möglichst starke Wahlbeteiligung zu erzielen, überlassen wir es den einzelnen Zahlstellen, die Wahl in den Versammlungen oder auf den Werkplätzen vorzunehmen.

Aufgebend für die Vornahme des Wahlaktes in jeder Zahlstelle muß sein, daß entweder die Wahl nur in der Versammlung oder nur auf den Werkplätzen stattfinden darf. Jede Zahlstelle hat ein Wahlkomitee von drei Mann zu wählen, welches das Wahlergebnis zu prüfen und dem Zentralvorstand unverzüglich zu übermitteln hat. Wird aber auf den Werkplätzen abgestimmt, so hat auf jedem Platz eine dreigliedrige Kommission die Stimmzettel in Empfang zu nehmen und dieselben der Wahlkommission der Zahlstelle, welche für die korrekte Vollziehung des Wahlganges dem Zentralvorstand gegenüber verantwortlich ist, noch am Tage der Abstimmung zu übermitteln. Wird die Wahl auf den Werk- oder Arbeitsplätzen voll-

zogen, so hat dieselbe in der Zahlstelle nur an einem Tage zu erfolgen.

Wir erwarten, daß die Bestimmungen richtig durchgeführt werden und behalten uns bei eventuellen Wahlangelegenheiten vor, die Stimmzettel einzufordern. — Die gültigen Stimmzettel müssen deshalb bis zum Verbandstag in der Zahlstelle aufbewahrt werden.

Die ungültigen sind mit dem Wahlprotokoll an die Zentrale einzusenden.

Die nochmalige Veröffentlichung des Wahlreglements wird nicht mehr vorgenommen; die Zahlstellenfunktionäre sind deshalb verpflichtet, sich mit den bekanntgegebenen Bestimmungen eingehendst vertraut zu machen. Die Wahlkommission jeder Zahlstelle hat bei der Feststellung der Wahlergebnisse die Verpflichtung, etwaige Meinungs-differenzen über das Wahlreglement selbst zu klären und die Nr. 15 des „Steinarbeiters“, in der die Wahlkreiseinteilung und das Wahlreglement publiziert sind, in mindestens einem Exemplar bei der Hand zu haben.

Die Wahlprotokolle sind von hier aus frühzeitig verhandelt, die Stimmzettel dagegen sind von den Zahlstellen selbst zu besorgen.

Als gültige Stimmen werden bei der Delegiertenwahl nur diejenigen betrachtet, welche auf die veröffentlichten Kandidaten abgegeben werden.

Wir ersuchen die Verbandsmitglieder, sich an der Delegiertenwahl recht zahlreich zu beteiligen.

Der Zentralvorstand.

Aufgestellte Kandidaten.

- Als Kandidaten zum Verbandstag sind aufgestellt:
1. Wahlkreis: E. Fahrmarkt, A. Junf, R. Franke, sämtlich in Berlin.
 2. Wahlkr.: Martens-Bühlow, Lau-Rostod, Krottko-Stettin.
 3. Wahlkreis: Richter-Bunzlau, Kreis-Barthau.
 4. Wahlkreis: Rothe-Nüders, Goldsche-Breslau.
 5. Wahlkreis: J. Werner, S. Da Costa, beide in Strehlen.
 6. Wahlkreis: S. Scholz, R. Schiller, S. Prenzler, J. Reich, sämtlich in Häslich.
 7. Wahlkreis: G. Müller-Eisdorf, G. Mosig-Gräben, S. König-Jauer, W. Tige-Gr.-Rosen, Fritz Häusler und Paul Häusler-Oberkreitz.
 8. Wahlkreis: Winkler-Oberpeilau, A. Becker-Jannowitz, Könnel-Ströbel.
 9. Wahlkreis: Gentschel-Görlitz, Neumann-Arnisdorf.
 10. Wahlkreis: Mager-Häslich, Fuchs-Waagen.
 11. Wahlkreis: Vinner-Bischofswerda, Mausch-Cunewalde, Masch-Hauswalde.
 12. Wahlkreis: G. Mühlendorfer, S. Bauer, P. Beyer-Demitz, S. Hüster-Schmölln.
 13. Wahlkreis: Wunderlich, Mehrfort, Schwarz, sämtlich in Löbau.
 14. Wahlkreis: Fontana-Mittweida, Berger-Königsbrück, Piese-Kamenz.
 15. Wahlkreis: Lehner-Posa, Rehschuh-Neundorf, Münch, Steinicke, Mühle, Beyer und Seidel, sämtlich in Dresden.
 16. Wahlkreis: Hübold-Zwidau, Zippel-Aue, Renz-Plauen.
 17. Wahlkreis: Münch-Meißen II, Georgi-Kirchberg.
 18. Wahlkreis: R. Rothe, F. Ernst, beide in Malsleben.
 19. Wahlkreis: Kern-Wurzen.
 20. Wahlkreis: Hermann-Falkenhain, Bergmann-Rödenitz.
 21. Wahlkreis: Schlegel-Beutha.
 22. Wahlkreis: Uebel-Grimma.
 23. Wahlkreis: Pöbögell-Naumburg, Riffe-Leipzig, Barth-Ehringsdorf.
 24. Wahlkreis: Möder-Eisenach, Scheide-Mühlhausen, Reijinger-Erfurt.
 25. Wahlkreis: Biermann-Alebsben.
 26. Wahlkreis: Höcht, Zimmermann, Schäfer, sämtlich in Dornberg-Weimar.
 27. Wahlkreis: J. Isebusch-Magdeburg, Friede-Königs-lutter, Lerche-Gommern.
 28. Wahlkreis: Heise-Gasserode, Wendel-Wellerode.
 29. Wahlkreis: Neumann-Hamburg I, Melchior-Hamburg II, P. Pöbögell-Kiel.
 30. Wahlkreis: Volte-Hannover, Maus-Bremen.
 31. Wahlkreis: Wegener-Hildesheim, Streich-Osterwald, Warnke-Eschershausen.
 32. Wahlkreis: Neuhäusler-Kupferdreh, Bernhard-Dortmund, Vescovi-Blombacherbach.
 33. Wahlkreis: Tenbusch-Düsseldorf, Spinrath-Essen, Schäfer-Elberfeld.
 34. Wahlkreis: Kämpfer-Brück, Weber-Zinshain, Dunkel-Köln.

Von der Entwicklung des Bauwesens.

VII.

Die Baukunst der Gegenwart.

Aus dem, was wir in den vorausgegangenen Kapiteln über die Baukunst der verschiedenen Zeitepochen gesagt haben, geht hervor, daß die Baukunst einer jeden Zeit nichts anderes ist, als der von den Menschen in Stein verewigte Ausdruck des Gefühls- und Geisteslebens und damit zugleich der ökonomischen Verhältnisse dieser Zeitepochen. Wir haben gesehen, daß die gigantischen, jeder künstlerischen Gliederung mangelnden Pyramiden der Ägypter einerseits die Sklaverei und die ungeheure Macht der Pharaonen zur Voraussetzung haben, während sie andererseits die Einfachheit der damaligen Kultur und die Beschränktheit der technischen Hilfsmittel zum Ausdruck bringen. Wir haben gesehen, daß die herrliche griechische Baukunst das Produkt eines freilebenden, wenn auch immer noch auf die Sklaverei angewiesenen Volkes ist. Und wir haben weiter gesehen, daß die mittelalterliche Baukunst, die in der Gotik ihre höchste künstlerische Vollendung fand, durchaus den Erfordernissen der Macht und dem Reichthum der christlichen Kirche entspricht, während die spätere Renaissance wieder auf die Bedürfnisse des mit dem Kapitalismus aufstrebenden und erstarkenden Fürstentums und der Bourgeoisie zugeschnitten ist.

Wie die Baukunst früherer Zeitepochen, so ist auch die Baukunst der Gegenwart durchaus ein Produkt der Technik, der wirtschaftlichen Verhältnisse und des kulturellen Strebens unserer Zeit. Genau dieselbe fieberhafte Bewegung und Entwicklung, in der sich das Geistesleben der modernen Völker heute befindet, beherrscht auch die Baukunst der Gegenwart. Wie man auf politischem, auf wirtschaftlichem und auf sozialpolitischem Gebiet nach neuen Zielen strebt und neue Ideen zu verwirklichen sucht, so sucht man auch in der Baukunst nach neuen Formen, die den modernen Bedürfnissen entsprechen und die die neuen Ideen, das Gefühls- und Geistesleben der Zeit zum Ausdruck bringen. Und wie man auf den erstgenannten Ge-

bieten noch zu keinem festen Ziel gekommen ist, wie die neue Ordnung der Gesellschaft noch durchaus im Werden begriffen ist, so hat man auch auf dem Gebiete der Baukunst noch keine festumrissenen allgemein anerkannten Formen gefunden, die man als Baustil der Gegenwart bezeichnen könnte. Ja, wie ein Teil unserer lieben Mitmenschen auf politischem und sozialem Gebiete ungerne nach dem Alten hängt und sich gegen alles Neue gewaltsam aufbäumen möchte, so gibt es auch Leute, die die alten Formen der Baukunst als die allein „schönen“ und die allein „berechtigten“ ansehen und die sich mit großer Entschiedenheit gegen die Einführung neuer Formen wehren. Es ist klar, daß, wenn die Menschheit ihren Ansichten folgte, es nie eine Fortschritt geben könnte, sondern daß dann die Menschheit immer auf ein und derselben Kulturstufe stehen bleiben müßte. Diese Gefahr besteht jedoch zum Glück nicht; denn die durch die Bevölkerungszunahme der Technik hervorgerufenen ökonomischen Umwälzungen rufen gleichzeitig auch eine Umwälzung des Gefühls- und Geisteslebens der Menschheit hervor, die notwendigerweise wieder in der veränderten Gestaltung der Kunstformen ihren Ausdruck finden muß.

Ziel besser als aus den Formen der Einzelbauteile läßt sich das Wesen der heutigen Baukunst aus den Zwecken erkennen, denen die hervorragenden Baukörper der neuesten Zeit und der Gegenwart dienen. Unter ihnen spielen die Kirchen heute wieder fast eine größere Rolle als in den letzten Jahrhunderten, obwohl der Teil des Volkes, der das ganze Jahr über keine Kirche von innen sieht, von Jahr zu Jahr größer wird. Das kommt daher, daß die herrschenden Klassen die Religion in neuerer Zeit wieder als brauchbares Mittel ansehen, um das für Recht und Freiheit kämpfende Volk zu verdammen und politisch niederzuhalten. Die Kirchen, deren alljährlich eine große Zahl gebaut wird, werden auch heute noch fast ausschließlich in den alten Formen, besonders im romanischen und gotischen Stil gebaut, was ja ihrem Zweck und dem ganzen Wesen der Kirche auch am besten entspricht. Zuweilen baut man allerdings neue Kirchen auch im Renaissancestil, wie den Dom in Berlin, oder in mehr oder weniger gelungenen Stilmischungen.

Neben der Kirche sind es die modernen Staaten, Städte und Kommunalverbände, die der Baukunst der Gegenwart zum Teil große und mitunter auch neue Aufgaben stellen. Die zahlreichen meist im Renaissancestil gehaltenen Rathäuser, Verwaltungsgebäude und Parlamente sind schon durch ihr bloßes Dasein ein berechtigter Ausdruck für die Zurückdrängung der Macht der absoluten Fürstengewalt und für die wirtschaftliche und politische Erstarkung der Staaten und Gemeinden. Sie sind aber auch ein berechtigter Ausdruck für die fortschreitende Demokratisierung des Lebens der Völker, die an Stelle souveräner Fürsten ihre Geschicke immer mehr selbst in die Hand nehmen. — Neben diesen Gebäuden geben dem heutigen Bauwesen die teils vom Staat, teils von kapitalistischen Gesellschaften geschaffenen Anlagen für den modernen Verkehr, wie Bahnhöfe, Postgebäude, Eisenbahnbauten, Hafenanlagen usw. ihr Gepräge. In diesen Bauwerken ist noch mehr als an den vorhin geschilderten der Geist der neuen Zeit zu spüren. Besonders manche dem Verkehr dienende Brückenbauten, die gewaltige Flüsse und Ströme überspannen und die oft in schwindelnder Höhe über Täler und Schluchten führen, sind wahre Meisterwerke der modernen Technik und Ingenieurkunst, die hier auch das Eisen in einem früher nie gekannten Maße in den Dienst der Baukunst stellte. Diese Bauwerke sind echte Produkte des kapitalistischen Zeitalters, das den Technikern und Ingenieuren zur Ausführung ihrer Werke die Kühnheit gab, die nun einmal dem profitlüsternen Kapitalismus innewohnt und die auch in seinen Bauwerken zum Ausdruck kommt.

Neben diesen Bauwerken sind jene zu erwähnen, die in erster Linie rein kapitalistischen Zwecken dienen. Hierher gehören die Geschäftshäuser und Warenhäuser, besonders aber die gewaltigen Fabriken mit ihren Gift ausspeienden Riesenschornsteinen, ferner die Elektrizitätswerke, Zalpferren und andre mehr. Zwar von Baukunst im ästhetischen Sinne, im Sinne von Schönheit, ist an diesen Bauwerken, abgesehen von einzelnen Geschäfts- und Warenhäusern der Großstädte, zumeist recht wenig zu spüren. Sie sind roh, wie der profitgierige Kapitalismus selbst, der die Schönheit nicht minder rücksichtslos zerstampft als das Leben der ihm dienenden Arbeiter. Der

35. Wahlkreis: Ostermann-Trier, Braun und Fischer, Heide in Manen.
36. Wahlkreis: Zielberg-Wehlar, Decker-Frankfurt.
37. Wahlkreis: Ewig-Brettenborn, Wölflschneider-Höchst i. D., Siegel-Reinheim, Schmidt, Mainz, Sarholz-Wiesbaden.
38. Wahlkreis: Weidenhammer-Hemsbach, Mossmüller-Heppenheim.
39. Wahlkreis: Kalbfuß-Dürkheim, Kraft-Mannheim.
40. Wahlkreis: Müller-Alsenz, Faul-Kammelsbach, Weges-Kaiserslautern.
41. Wahlkreis: Göhringer-Strasbourg.
42. Wahlkreis: Gimpel-Kappelrodek.
43. Wahlkreis: Ellwanger-Stuttgart, Degenhardt-Karlsruhe, Illg-Freiburg, Wolfstedter-Offenburg.
44. Wahlkreis: Knodel-Derdingen, Köhler-Kirnbach, Pfister-Sulzfeld.
45. Wahlkreis: Friedrich-Ulm, Krauß-Heilbronn.
46. Wahlkreis: Riedl-Büchberg, Leuzinger-Münktchen.
47. Wahlkreis: Stettmeier-Metten.
48. Wahlkreis: J. Metz-Koblenz, Fuchs-Hoch.
49. Wahlkreis: Link-Miltingen.
50. Wahlkreis: Herold-Kirchenlamig, Kiebling-Weihenstätt.
51. Wahlkreis: Rüdäsel-Berned, Schmidt-Bayreuth.
52. Wahlkreis: Neupert-Seuffen, Hoffmann-Selb, Günthel-Niederlamig.
53. Wahlkreis: Koch-Schwarzenbach, Sumner-Hof.
54. Wahlkreis: Kitz-Münsterberg.
55. Wahlkreis: Vogelmann-Rothenburg, Hohlberger-Wörlingen, Scholl-Ochsenfurt, Hartner-Marktbreit.
56. Wahlkreis: Mühlrath-Randersacker, Rhein-Heidingsfeld.
57. Wahlkreis: Grajer-Kleinrindersfeld, Pfister-Kirchheim.
58. Wahlkreis: Seitz-Miltenberg, Dittmann-Bürgstadt, Seeger-Höllfeld, Ripberger-Gr.-Heubach.
59. Wahlkreis: Klingenbeck-Fechenbach, Fleckenstein-Faulbach.
60. Wahlkreis: Dießler-Ziegelanger, Kaiser-Kriegerberg.
61. Wahlkreis: Langhammer-Steinach.

Die Frauenarbeit in der Steinindustrie.

Die Frauenarbeit hat in der Steinindustrie noch eine starke Verbreitung. Nach den reichsstatistischen Zusammenstellungen wurden im Jahre 1907 in der Steinindustrie 5127 weibliche Arbeitskräfte beschäftigt. Als Arbeiten haben die Frauen auszuführen: den Abraumwegtransportieren, beim Transport und Verladen der Bruchsteine mit zu helfen, Schotter zu schlagen und in den Schleifereien beim Schleifprozess mit tätig zu sein. Selbst die Aufsichtsbeamten müssen zugeben, daß die genannten Arbeiten für die Frauen viel zu schwer sind und sehr ungünstig auf ihren gesundheitlichen Befund einwirken müssen. Mit besonderer Vorliebe werden in den Granit- und Porphyrgewerken die Frauen zu den schwersten Handtungen herangezogen. So sind Frauen beschäftigt in Blaubeurg 10, Beuga 86, Falkenhain 45, Grimma 52, Hagenberg 15, Häslich (Schleifen) 34, Rammelsbach 120, Rödnitz 85, Strehlen (Schleifen) 90, Ströbel 125, Sorkau 40 und Wurzen 77. Ausdrücklich sei bemerkt, daß in vorstehenden Orten die Steinindustrie in großkapitalistischem Sinne betrieben wird und die Unternehmungen recht ansehnliche Gewinne abwerfen. Wir haben hier nur einige Beispiele herausgegriffen, die sich aber alle auf die Hartsteinindustrie beziehen.

Ueber die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern sagt § 10 der Bundesratsverordnung:

In Steinbrüchen dürfen Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter nicht bei Aufbaumarbeiten, bei der Steingewinnung (§ 9, Abs. 1) oder der Rohaufbereitung von Steinen beschäftigt werden. Als Rohaufbereitung von Steinen im Sinne der Bestimmungen gilt auch die Herstellung von Chausseesteinen (Schotter, Marschlag, Knackschlag, Kleinschlag) in solchen Betrieben. Die höhere Verwaltungsbehörde kann für ihren Bezirk oder Teile desselben gestatten, daß Arbeiterinnen über 18 Jahre mit der Herstellung von Chausseesteinen beschäftigt werden; die Dauer der Beschäftigung im Steinbruch darf in diesem Falle sechs Stunden täglich nicht übersteigen.

Diese Bestimmungen werden vom Unternehmertum oftmals mit großer Raffiniertheit umgangen. Um das Rohaufarbeiten der gewonnenen Steinstücke durch Frauen vornehmen lassen zu können, werden einfach die Rohmaterialien „außerhalb des Steinbruchbereichs“ transportiert. Und nach Ansicht der Unternehmer sind diese Arbeiterinnen dann der genannten Verordnung nicht mehr unterstellt. Oder aber, die Frauen übernehmen von den Unternehmern direkt einen Auftragsauftrag, dann können die Herren motivieren, daß sie ja direkt Frauen nicht beschäftigt haben. Die Unternehmer sind dabei natürlich immer so schlau, dem Gesetz ein Schnippschen zu schlagen, indem sie das zu verarbeitende Material außerhalb der Steinbrüche transportieren lassen.

Daß die Bundesratsverordnung rigoros umgangen wird, zeigen folgende Auszüge aus den sächsischen Gewerbeinspektionsbezirken:

Aufsichtsbezirk Meißen. Gerichtlicher Entscheidung zufolge ist auch die Herstellung von Steinquadern (Marschlag) zu der den Arbeiterinnen verbotenen Rohaufbereitung von Steinen in Steinbrüchen verboten. Das Verbot wurde noch wiederholt (in drei Fällen) übertreten. Eine gewerkschaftliche Organisation beschwerte

sich schriftlich über die Fortdauer verbotener Frauenarbeit in Steinbrüchen. Die Erörterungen ergaben, daß Arbeiterinnen beim Transport der Steine nach den Elbfähnen und bei der Herstellung von Steinquadern tätig waren.

Aufsichtsbezirk Würzen. In 30 Steinbrüchen (der Umgebung von Würzen) war der Beschäftigung von 326 Arbeiterinnen bei der Rohaufbereitung von Steinen entgegenzutreten.

Ferner wurde je zwei Arbeiterinnen in einem Steinbrüche das Aufladen schwerer Steine, als für die weibliche Arbeitskraft nicht geeignet, unterjagt.

Geradezu typisch ist das Vorkommen im Würzener Gebiet, indem in 30 Steinbrüchen „Feststellungen“ gegenüber der Uebertretung der Bundesratsverordnung gemacht werden konnten. Die weibliche Arbeitskraft ist billiger als die des Mannes, und so ist es auch erklärlich, wenn das organisierte Unternehmertum schon mehrmals auf den Bundesrat einwirkte, daß er seine Anordnung außer Kraft setze. In denjenigen Steinbruchbezirken, in denen für die männlichen Arbeiter die niedrigsten Löhne bezahlt werden, nimmt die Beschäftigung der Frauen zu. Wir wollen gar nicht leugnen, daß gewisse Frauen die Frauen der Steinarbeiter auf einen Nebenverdienst angewiesen sind. Das ist leicht erklärlich, denn je niedriger der Lohn des Steinbrucharbeiters ist, desto mehr wird die Frau gezwungen, im Steinbruch mit zu arbeiten.

Unfallrentenkämpfe — Betriebsunfallfolgen.

Die Unfallrentenkämpfe wegen Nichtanerkennung der Betriebsunfallfolgen werden von Jahr zu Jahr häufiger und härter! Mit allen möglichen Deduktionen versuchen die Berufsgenossenschaften die Verletzten und die eventuell hinterbliebenen der tödlich Verunglückten mit ihren Rentenansprüchen bezug. Ansprüchen abzuweisen. Nicht in geringem Maße werden oft die Berufsgenossenschaften von den Schiedsgerichten als erste Rechtsprechungsinstanzen in Unfallstreitsachen „indirekt“ unterstützt, indem diese Instanzen häufig wichtige Beweisanträge ablehnen. Die Betriebsunfallfolgen werden dort als andre Krankheitsursachen angesehen und die Abweisung der Rentenansprüche ist „perfekt“! Wird nun diesen Abgewiesenen nicht sachgemäße Unterstützung gegen diese „schiefen“ Entscheidungen zuteil, dann fallen derartige Unfallrentenkämpfe stets zuungunsten der Rentenansprüche aus. Es dürfte deshalb von großem Interesse sein, einige neuere und prinzipielle Entscheidungen strittiger Betriebsunfälle unsern Lesern unterbreiten zu können.

Ein tödlicher Betriebsunfall infolge Dynamitexplosion sollte von der Nordwestlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft in Braunschweig als Selbstmord des Hüttenarbeiters R. in Schlawede (Harz) ausgelegt werden. Die Hinterbliebenen erhielten von dieser Berufsgenossenschaft die erforderlichen Abblehungsbescheide mit der Begründung, der Gestorbene hätte in letzter Zeit viel in Wirtschaften verkehrt und Selbstmordgedanken geäußert usw.! Trotzdem aber R. kein Trinker, sondern nach den Angaben seiner Mitarbeiter nur ein „fidelere Schaf“ war, bestand genannte Berufsgenossenschaft auf ihrem ablehnenden Standpunkt, so daß das Schiedsgericht in Braunschweig eingehende Beweiserhebung in der Berufungssache vornehmen mußte. Hierdurch wurde festgestellt, daß R. im unterirdischen Betriebe der Mithildenhütte in Schlawede (Harz) infolge Explosion einer Riste Dynamit bei seiner Betriebsarbeit am 26. Mai 1911 tödlich verunglückt war. Somit wurden vom Schiedsgericht für Arbeiterversicherung den Hinterbliebenen — Witwe mit 3 Kindern — die Unfall-Hinterbliebenenrente zugesprochen.

Der Tod infolge Magenkrebs sollte nicht als Betriebsunfallfolgen von der hannoverschen Baugewerks-Berufsgenossenschaft anerkannt werden, trotzdem der Steinhauerpolier H. in Schlawede (Harz) zwei Betriebsunfälle erlitten hatte. Beim ersten Unfall war der Verstorbene von einer Wagendeckel eines von einer Anhöhe herabrollenden Steinwagens getroffen worden (Magen-gegend), so daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte und krankend blieb. Durch den zweiten Unfall — Brust- und Unterleibsverletzung infolge Umschlagen eines 6-cm-Zentner schweren Felsbrocks — trat bei H. DYNAMITANWANDLUNG und Magenblutung ein und führte den Tod herbei. Infolge vorgenommener Leichensektion wurde ein Magenkrebsleiden festgestellt, welches von den ärztlichen Gutachtern verschieden beurteilt wurde. Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Magdeburg (Spruchkammer Halberstadt) verurteilte die Berufsgenossenschaft zur Zahlung der Rente, welche Entscheidung das Reichsversicherungsamt zwecks weiterer Beweiserhebung am 1. Juli 1910 aufhob. Abermals verurteilte nun nach dieser Beweiserhebung vorgenanntes Schiedsgericht am 7. Juni 1911 die Berufsgenossenschaft zur Zahlung des Sterbegeldes und der Hinterbliebenenrente an die Witwe des Verstorbenen. Es wurde somit der Magenkrebs als Betriebsunfallfolgen anerkannt, die durch die erlittenen Betriebsunfälle verursacht worden waren.

Ein tödlicher Betriebsunfall durch elektrischen Strom erlitt der Maurer D. in Derenthal (Herzogtum Braunschweig) bei Ausführung von Baureparaturarbeiten in einem Hause, woran die Drähte der Ueberlandzentrale befestigt waren. Die Eltern des D. machten alszenden Unfallrentenansprüche bei der hannoverschen Baugewerks-Berufsgenossenschaft geltend, weil er der Hauptnährer der Familie gewesen war. Natürlich lehnte diese auch die Ansprüche ab, weil noch zwei Töchter und ein weiterer Sohn — damals in der Fremde wohnend — zur Ernährung der Eltern vorhanden seien! Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Hildesheim fand infolge Beweiserhebung die Angaben der Eltern des D. bestätigt und verurteilte die Berufsgenossenschaft am 18. August 1911 zur Zahlung der Unfall-Abszendenrente. Die Abweisungsgründe der Berufsgenossenschaft wurden mithin nicht als stichhaltig angesehen und erhalten jetzt die Eltern des D. jährlich

20 Prozent Abszendenrente im Betrage von 217.80 Mark für den Verlust ihres Ernährers!

Einen im Betriebe erlittenen Schlaganfall als Betriebsunfall wollte ebenfalls die Nordwestliche Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft in Braunschweig nicht anerkennen, so daß der betroffene Metall-dreher B. in Hoersdorf (Herzogtum Braunschweig) durch Berufungseinlegung das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Braunschweig anrufen mußte. B. hatte beim Nachreitreiben in größere Eisenräder in gebückter Stellung im Arm und Kopf Schwäche verspürt, wurde plötzlich bewußtlos und fiel um, worauf rechtsseitige Lähmung und Sprachverlust festgestellt wurde. Der hinzugezogene Arzt stellte Schlaganfall fest, der nicht als Betriebsunfall gelten könnte! Das Schiedsgericht ordnete aber Zeugenvernehmung an und hörte einen Obergutachter, worauf die Berufsgenossenschaft am 21. Juni 1911 von genannter Instanz zur Zahlung der Unfallvollrente verurteilt wurde. Es wurde mithin auch der erlittene Schlaganfall als Betriebsunfall anerkannt, trotz der gegenteiligen Meinung des zuerst hinzugezogenen ärztlichen Sachverständigen.

Mit diesen vorstehenden Beispielen dürfte die anfangs erwähnte „Nichtanerkennungsmethode“ der Betriebsunfallfolgen seitens der Berufsgenossenschaften als erwiesen angesehen werden können. Nur dadurch, daß die Verletzten und Hinterbliebenen sich in diesen Fällen an die richtige Instanz der Vertretung gewandt hatten, erzielten sie das ihnen zustehende Recht! Wieviel Unfallrentenfälle aber mögen vorkommen, wo die Betroffenen nicht wissen, wohin sie sich wenden sollen und kommen somit um die ihnen zustehenden Unfallrenten! Deshalb mögen vorstehende prinzipiellen Streitfälle beachtet werden, damit in allen diesen strittigen Unfallrentenkämpfen den Unzufriedenen geholfen werden kann, wozu wir als aufgeklärte Proletarier und Klassen Genossen verpflichtet sein dürfen. R. V.

Das Steingewerbe der Vereinigten Staaten.

Die Monatschrift der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft schreibt: Wie in früheren Jahren ist uns auch dieses Jahr der kürzlich erschienene statistische Bericht über das Steingewerbe der Vereinigten Staaten im Jahre 1910 zugegangen, der in dem unter der Leitung des Ministeriums des Innern stehenden Geologischen Landesamt bearbeitet worden ist. Seiner Abfassung stehen insofern besondere Schwierigkeiten entgegen, als die in den Vereinigten Staaten gewonnenen Steine nach sehr verschiedenen Einheiten gemessen werden, und die Berichte aus den verschiedenen Zweigen des Steinbruchgewerbes deshalb nicht ohne weiteres vergleichbare Zahlen ergeben. Der Bericht gibt deshalb in seiner Statistik nur den Wert der gewonnenen Steinmengen an. Da aber dieser wieder bei den verschiedenen Steinarten schwankt, so ist trotz dieser Einrichtung es schwer, Vergleiche nach der Richtung anzustellen, wie sich die gewonnenen Mengen der verschiedenen Steinarten zueinander verhalten.

Der in den Steinbrüchen der Vereinigten Staaten im Jahre 1910 gebrochene und von dort verkaufte Stein hatte einen Wert von 76 520 584 Dollar gegenüber 71 345 199 Dollar im Jahre 1909, so daß eine Zunahme von mehr als 7 v. H. zu verzeichnen ist. Die Gesamtzahl übertrifft alle bisherigen, und auch von den einzelnen Steinarten sind mit Ausnahme des Sandsteins größere Mengen als je bisher gewonnen.

Ueber die Verteilung der Steine auf die verschiedenen Sorten und die Zunahme der Steingewinnung seit dem Jahre 1900 gibt die nachstehende Zusammenstellung Auskunft.

Wert der von 1900 bis 1910 in den Vereinigten Staaten gewonnenen Steine.

Jahr	Granit Dollar	Basalt Dollar	Sand- steine Dollar	Bluestone Dollar	Marmor Dollar	Kalkstein Dollar	Gesamt- wert Dollar
1900	10 969 417	1 706 200	5 272 865	1 198 519	4 267 263	13 556 528	36 970 777
1901	14 296 104	1 710 857	6 974 109	1 164 481	4 805 099	18 202 843	47 284 183
1902	16 028 475	2 161 157	9 489 064	1 163 525	5 044 182	20 895 385	54 798 682
1903	15 703 748	2 732 204	9 489 064	1 779 457	5 362 686	22 372 109	57 433 141
1904	17 191 479	2 823 546	8 482 162	1 791 729	6 297 835	22 179 964	58 765 715
1905	17 583 189	3 074 554	8 075 149	1 931 625	7 129 071	26 025 210	63 708 748
1906	18 582 806	3 726 574	7 147 489	2 021 896	7 582 938	27 327 142	68 378 794
1907	18 064 708	4 594 108	6 753 762	2 117 916	7 887 685	31 737 681	71 105 805
1908	18 420 080	4 282 406	5 831 231	1 762 860	7 733 920	27 682 002	65 712 499
1909	19 581 597	5 133 942	6 564 052	1 446 402	6 548 905	32 070 401	71 945 199
1910	20 541 967	6 452 141	6 394 832	1 535 187	6 992 779	34 608 678	76 520 584

Dabei sind, um die Zusammenstellung nicht zu umfangreich werden zu lassen, unter Granit auch die verwandten Gesteine plutonischen Ursprungs inbegriffen. Der mit Bluestone bezeichnete Sandstein, eine feste, feinkörnige, tonhaltige Art dieses Steins, die ihren Namen wegen ihrer dunklen Färbung führt, ist deshalb von dem übrigen Sandstein getrennt, weil seine Gewinnung ein Gewerbe für sich bildet. Nicht enthalten ist in der Zusammenstellung der Sandstein, der zu Schleifsteinen und dergleichen verarbeitet wird, ebenso fehlt der Kalkstein, der zu Kalk gebrannt oder in der Zementfabrikation verwendet wird. In manchen Gegenden werden gewisse Kalkgesteine dem Marmor mit zugezählt, so daß die Zusammenstellung in dieser Beziehung nicht ganz zuverlässig ist.

Vergleicht man die in den einzelnen Staaten des Bundes gewonnenen Steine miteinander, so nimmt Pennsylvania die führende Stelle ein. Dies ist auch in den letzten Jahren regelmäßig der Fall gewesen; nur 1908 ist es von Vermont überschlagen worden.

Die aus den Vereinigten Staaten im Jahre 1910 ausgeführten Steine hatten einen Wert von 1 538 339 Dollar (1909 1 170 819 Dollar); den Hauptanteil an dieser Zahl hatte der Marmor mit 503 251 Dollar (1909 385 020 Dollar). Demgegenüber steht eine Steineinfuhr im Gesamtwert von 1 569 143 Dollar (1909 1 663 025 Dollar) (1909 1 324 991 Dollar) die erste Stelle ein. Wk.

Kapitalismus hat mit seinen Bergwerken und industriellen Anlagen, mit seinen Fabriken und qualmenden Schloten nicht nur manche Städtebilder, sondern auch ganze Landschaften, die noch vor wenigen Menschenaltern in unberührter Reinheit glänzten, verwüßt und in der Baukunst an die Stelle der Schönheit die Billigkeit und Zweckmäßigkeit als oberstes Prinzip gesetzt. Allerdings hat der Kapitalismus auch zur Entwicklung der Baukunst viel und Großes geleistet, und die Gerechtigkeit verlangt es, zu sagen, daß im Zeitalter des Kapitalismus auch zahlreiche Bauwerke entstanden sind, die in erster Linie kulturellen Zwecken dienen. Zu ihnen gehören besonders die immer zahlreicher werdenden Stätten zur Pflege von Kunst und Wissenschaft, die Museen und Akademien, zum Teil auch die Hoch- und Volksschulen, ferner die gut eingerichteten Volkssäle, die für die Gesundheit des Volkes keine geringere Bedeutung haben als einst die Thermen der alten Römer und manches andre.

Große Fortschritte hat in neuerer Zeit die Wohnungsbaukunst gemacht. Leider kommen diese Fortschritte nur erst einem kleinen Teile des Volkes zugute, weil die Profitgier des kapitalistischen Bodenpekulanten- und Hausagrarierturns eine rasche Verringerung unmöglich macht. So spielt, besonders in den Großstädten, der unglückselige Einfluß des Mietskasernenwesens heute eine größere Rolle als je. Doch sind als Gegengewicht Kräfte am Werke, die auf die Ausschaltung des Boden- und Wohnungswuchers abzielen und die auch eine Veredelung der Wohnungsbauteile erstreben. Wir erinnern nur an die Gartenstadtbewegung und an das Beamten- und Arbeiterwohnungswesen. Heute schon hat diese Bewegung dazu geführt, daß man die oft ungeheuerlichen Zustände an den Mietskasernen aus dem Ende des vorigen Jahrhunderts als einen Greuel gegen die Baukunst empfindet, jene Fassaden nämlich, die durch Putz und Lünche einen Palastreichtum vortäuschen sollten, während in Wirklichkeit Wind und Wetter durch die Fugen pfeifen und hinter dem probenfaßten Schein das grenzenlose Elend haust. Heute geht im Wohnungsbaue das Streben der besseren Baukünstler auf Wahrheit, indem sie das Material als das geben, was es ist: den Stein als Stein, den Kalk als Kalk und die Farbe als Farbe. Man findet den Höhepunkt der Wohnhausbaukunst nicht mehr in der künstlerischen Ausbildung von Einzelgeden, sondern sucht durch die

Gesamtgestaltung der Bauwerke eine malerische Wirkung zu erzielen, wobei man der Zweckmäßigkeit und der Bequemlichkeit der Bewohner soweit als irgend möglich Rechnung trägt.

Eine außerordentlich große Rolle spielt im Bauwesen der neuesten Zeit ein neuer Baustoff: der Eisenbeton, eine Verbindung von Zement und Eisen. Werke, an denen früher eine ganze Arbeiterschicht jahre-, ja jahrzehntelang baute, werden heute von wenigen Arbeitern in wenigen Monaten in hölzernen oder eisernen Formen aus Beton gestampft. Erfunden hat diese Bauweise der französische Gärtner Joseph Monier, der um das Jahr 1867 Blumenkübel aus Zement herstellte und sie der besseren Haltbarkeit wegen mit Eiseneinlagen ver sah. Bald stellte man einzelne Bauteile nach demselben Verfahren her, und heute erstreckt sich der Eisenbeton infolge seiner Billigkeit, seiner raschen Herstellungsmöglichkeit und seiner Dauerhaftigkeit einer solchen Beliebtheit, daß zahlreiche kleine und große Bauwerke, besonders Gefäß- und Warenhäuser, aber auch Wohnhäuser und Fabriken aus diesen bildsamen Stoffen hergestellt werden. Dabei sind diese Stoffe nicht neu; denn das Eisen kannten schon die Ägypter und ein natürlicher Zement aus feingehaktem vulkanischen Tuffstein, der sogenannte Puzzolanement, wurde schon von den alten Römern verwendet; aber erst 40 Jahre nach der Erfindung des künstlichen (Portland-)Zements fanden sie als selbständige Baustoffe Verwendung. Natürlich muß die Verwendung eines so leicht zu formenden Baumaterials auch beschleunigend auf die Umgestaltung der alten Bauformen einwirken. Tatsächlich findet man heute schon an den Betonbauten eine Art neuen Stils, dessen Besonderheiten hauptsächlich in schmalen, ohne Unterbrechung fließend bis unter das Dachgestirn auftretenden Pfeilern und zahlreichen Fenstern bestehen. Bei der Jugend dieser Bauweise ist sicher noch manche Vervollkommnung und künstlerische Ausgestaltung zu erwarten, und es ist wohl möglich, daß sich gerade aus dem Betonbau der Baustil der Zukunft entwickeln wird.

Was folgt nun aus den Betrachtungen in diesem und den vorhergehenden Kapiteln für die um ihre Befreiung kämpfenden Arbeiter? Sicher das eine, daß sie an der Gestaltung der Baukunst das größte Interesse haben müssen. Denn genau so, wie einst die christliche Kirche die Baukunst ihren Ideen dienstbar machte, genau so

kann das aufstrebende Proletariat die Baukunst seinen Ideen dienstbar machen. Das ist bis heute fast noch gar nicht geschehen. Wir haben uns die organisierten Arbeiter schon eine städtische Anzahl von Bauwerken geschaffen, so die Gewerkschaftshäuser, die Genossenschafts-, Partei- und Verbandshäuser; aber alle diese Bauwerke sind mehr oder weniger in den alten Bauformen ausgeführt, so daß ihr Vorhandensein wohl von der neuen aufstrebenden Macht noch nicht aber von den großen Ideen des sieghaft aufsteigenden Proletariats Kunde gibt. Das ist erklärlich, wenn man bedenkt, daß jeder Künstler nur seine eigenen Ideen in sein Kunstwerk hineinlegen kann, und daß wir vorläufig leider noch keine proletarischen oder sozialistischen Baumeister haben, die den Ideen der aufstrebenden Arbeiterklasse vollen künstlerischen Ausdruck zu geben vermöchten. Auch ist zu bedenken, daß der Arbeiterklasse heute noch vielfach die Mittel fehlen, die zur Ausführung erstklassiger künstlerischer Werke erforderlich sind. Etwas mehr als bisher ließe sich wohl aber auch mit den vorhandenen Mitteln und künstlerischen Kräften erreichen, wenn sich nur die Arbeiter selbst erst darüber klar geworden wären, wofür sie für die Kunstwerke haben müßten, die ihre eigene Sprache reden und ihre eigenen Ideen verkünden. In der Literatur, in der Dichtkunst und auch in der Plastik sind gute Ansätze einer proletarischen Kunst vorhanden; in der Baukunst ist das kaum der Fall, obwohl gerade durch die Baukunst eine Uebertragung der großen proletarischen Ideen auf weite Bevölkerungsschichten sehr gut möglich wäre. Indessen müssen wir uns damit abfinden, daß sich neue Ideen nicht in wenigen Jahren in klassische Kunstwerke umsetzen lassen, sondern daß es längerer Zeit bedarf, um die künstlerischen Ausdrucksformen für neue Ideen zu finden. Solange sie nicht gefunden sind, werden sich auch die für die Arbeiter schaffenden Baukünstler mit ihren Werken immer mehr oder weniger an die bestehenden Formen anlehnen, und erst, wenn es Baukünstler gibt, die voll aus den Empfindungen der Arbeiterklasse heraus zu schaffen vermögen, werden wir eine echte proletarische Baukunst bekommen. Es liegt an uns allen, und damit zu sorgen, daß dieser Zeitpunkt nicht mehr allzu lange auf sich warten läßt.